

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Für Identität,  
gegen Beliebigkeit  
Caspar Einem

Wien Freiheitlich – ein  
Szenario der Veränderung  
Rudi Schicker

Keine Zeit verlieren, um  
die Sozialdemokratie zu retten  
Julia Herr

Neutralität  
systematisch verletzt  
Thomas Riegler

PIPILOTTI  
RIST  
KUNSTHALLE KREMS



# EDITORIAL

»Das Spiel ist aus« – damit mahnte Finanzminister Schelling nicht etwa seine Parteikollegen, das erbärmliche Schauspiel aufzugeben, mit dem die Einschränkung des Bankgeheimnisses zugunsten von Steuerhinterziehern doch noch hintertrieben werden sollte, sondern Griechenlands Regierung. Tsipras und Co sollten endlich »vernünftig« werden und im gewünschten Ausmaß Kürzungen vornehmen. Ob Griechenlands Finanzminister Varoufakis nun im Rat ein Dampfplauderer ist, oder nicht, martialisches Sprücheklopfen scheint so oder so fehl am Platz. Angela Merkel scheint entschlossen, auf der Durchsetzung der europäischen Sparpolitik auch um den Preis des Grexit und/oder eines griechischen Staatsbankrotts zu bestehen. Selbst wenn Tsipras in letzter Minute kapitulieren sollte oder eine abermalige Vertagung erreicht wird, sind die nächsten gleichartigen Verhandlungen absehbar. »Das Spiel ist aus« sollte sich an Merkel und Co richten: Statt den Kürzungs- und »Hilfsprogramms«-Wahnsinn ad infinitum fortzusetzen, wäre es an der Zeit, Alternativen anzudenken.

»Experimente« auf nationaler Ebene sind das Thema der AutorInnen zu unserer aktuellen Debatte, Rot-Blau:

**Caspar Einem** weist darauf hin, dass **die »Ausgrenzung« der FPÖ keine primär moralische Sache**, sondern eine Frage unvereinbarer politischer Gegensätze ist. Unvereinbares könne aber nicht zu einem gelungenen Experiment führen, es bleibe unvereinbar.

**Rudi Schicker** setzt am Beispiel der Wiener Kommunalpolitik auseinander, dass **SPÖ und FPÖ grundlegend andere sachpolitische Zielsetzungen verfolgen**. Eine freiheitliche Regierungsbeteiligung in Wien würde alle wesentlichen Erfolge der Wiener Kommunalpolitik aufs Spiel setzen.

**Julia Herr** fordert eine **ernsthafte Beschäftigung mit den Wahlergebnissen** in der Steiermark und im Burgenland

ein. Rot-Blau löse kein Problem der rot-schwarzen Koalition, sondern koste nur noch mehr Glaubwürdigkeit. Die SPÖ müsse aufhören, sich damit beschäftigen, an wen sie ihre Seele verkauft, um Regierungsposten zu bewahren und müsse wieder Positionen, Glaubwürdigkeit und Stärke gewinnen.

In seinem Beitrag zu **Community Organizing** zeigt **Bernhard Herzog** auf, wie diese Methode auch für die SPÖ in der täglichen Parteiarbeit nutzbar gemacht werden kann.

**Ludwig Dvořák** zeichnet die **Gründe für die Wahlniederlage von Labour** bei den britischen Unterhauswahlen nach und argumentiert, dass das politische Erbe Blairs und Browns und deren Auseinandersetzung anlässlich der Amtsübergabe 2007 die Partei anhaltend belaste.

**Thomas Riegler** nimmt die aktuelle Berichterstattung über die **NSA-Spionage in Österreich** zum Anlass, die Geschichte der Kooperation österreichischer Nachrichtendienste mit den USA und die Entwicklung des militärischen Geheimdienstes in Österreich darzustellen.

**Günther Sandner** bespricht die 2014 erschienene Sammlung publizistischer **Beiträge** des langjährigen Mitarbeiters und Leiters des Renner-Instituts **Erich Fröschl**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

**LUDWIG DVOŘÁK**  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



Pipilotti Rist

I Couldn't Agree With You More, 1999

Videostill © Pipilotti Rist, Courtesy die Künstlerin, Hauser & Wirth und Luhring Augustine

## Aktuelle Debatte: Rot-Blau

### 6 Für Identität, gegen Beliebigkeit

VON CASPAR EINEM

### 10 Wien Freiheitlich – ein Szenario der Veränderung

VON RUDI SCHICKER

### 18 Keine Zeit verlieren, um die Sozialdemokratie zu retten

VON JULIA HERR

### 24 Community Organizing

VON BERNHARD HERZOG

### 30 Schatten der Vergangenheit

VON LUDWIG DVOŘÁK

### 36 Neutralität systematisch verletzt

VON THOMAS RIEGLER

### 42 Von der konkreten Utopie zur Höllenfahrtpolka

VON GÜNTHER SANDNER

### 48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

# Für Identität, gegen Beliebigkeit

**Noch ein Versuch**, etwas Klarheit in eine verkürzt laufende Debatte zu bringen. Von Caspar Einem

**D**ie etwas wehleidig vorgetragene Behauptung der FPÖ-Funktionäre und ihres Vorsitzenden, die FPÖ werde von den anderen Parteien und in Sonderheit von der SPÖ »ausgegrenzt« dient vor allem der freiheitlichen Identitätsbildung: sehr österreichisch, fast möchte ich sagen, sehr wienerisch in der Grundanlage: »Wir Lieben und Armen, die keiner versteht...«, »Mit uns will keiner spielen, obwohl wir doch so lieb sind!« Diese Selbstbildgestaltung können wir der FPÖ und ihren Funktionären getrost selbst überlassen. Wollen sie sich so darstellen, wollen sie sich und ihre Wähler als die »missverstandenen Guten« präsentieren, dann sollen sie.

Problematisch wird der Begriff dort, wo wir, wo Funktionäre der SPÖ zu argumentieren beginnen, wir dürften doch eine durch demokratische Wahlen legitimierte Partei wie die FPÖ nicht ausgrenzen, in der Demokratie müssten alle miteinander reden können. Ja, reden sollten alle miteinander können. Aber wir sollten über diesen Gemeinplätzen auch nicht vergessen, wer wir sind und was uns unterscheidet, denn sonst brauchte es gar nicht verschiedene Parteien.

## ES GEHT NICHT PRIMÄR UM NAZI-SPRÜCHE

Resche Sprüche aus dem freiheitlichen Lager, die nationalsozialistische Anleihen nehmen, dienen primär der Provokation und sind im Übrigen einem Irrtum geschuldet: Eine substantielle Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten lässt sich so nicht gewinnen. Die allermeisten von ihnen sind bereits tot. Das Wählerpotential für die FPÖ liegt anderswo.

Etwas anders verhält es sich mit deutlich oder bloß subkutan zum Ausdruck gebrachtem Antisemitismus. Aber auch da wäre die bloße Zuordnung zum Nationalsozialismus verfehlt. Der Antisemitismus sitzt in Österreich tief und hat eine lange, vorwiegend katholische Tradition. Mit antisemitischen Sprü-

chen kann man in Österreich Wähler mobilisieren. Er sollte sich gleichwohl nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, mit der massenhaften Ermordung und Erniedrigung von Juden gerade auch in Österreich nachhaltig verbieten.

## ES GEHT UM UNSER MENSCHENBILD

Im heute noch gültigen Grundsatzprogramm der SPÖ von 1998 heißt es unter der Überschrift »II.2. Unseren Werten verpflichtetes Handeln« unter anderem:

»II.2.1. Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik, daher treten wir entschlossen für die Wahrung der Menschenrechte ein und stehen für eine Politik, die die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben selbstbestimmt und mündig zu gestalten, und wollen gesellschaftliche Bedingungen schaffen, die diesem Prinzip entsprechen. Wir treten daher einer Politik entgegen, die Menschen oder Menschengruppen benutzt oder missbraucht, und werden eine Wirtschaftsordnung, die Menschen nur als Kosten- und Produktionsfaktor betrachtet, verändern und nach sozialdemokratischen Grundsätzen gestalten.«

In diesen wenigen Sätzen steckt im Grunde unser ganzes Programm. Diese Grundsätze verlangen eine Politik, die der Freiheit des Einzelnen, der Gleichheit aller Menschen, der demokratischen Gestaltung verpflichtet ist und dient. Einzig der Grundsatz der Solidarität zeigt sich nicht auf den ersten Blick, er ist aber die Bedingung dafür, dass wir überhaupt etwas bewegen können.

Anknüpfend am bisher Gesagten: Antisemitismus ist in diesem Kontext bloß eine Form des Missbrauchs von Menschen oder Menschengruppen für die politische Stimmungsmache, keineswegs die einzige: Langzeitarbeitslose, Asylwerber, Bezieher von Mindestsicherung, usw. kommen bei dieser

Stimmungspolitik immer wieder in die Ziehung. Parteien, die diese Art von Wählermobilisierung betreiben – nicht bloß und keineswegs ausschließlich mit antisemitischen Rülpsern – können nicht Partner der SPÖ sein. Sie widersprechen grundlegend unserem Menschenbild. Sie können nicht Partner sein, *mit denen* wir Politik machen, wenn wir dieser Politik schon vor Beginn einer möglichen Zusammenarbeit *entgegentreten*, die Menschen oder Menschengruppen zur Stimmungsmache benutzt oder missbraucht. Das wäre eine Gegnerschaft vom Beginn der Partnerschaft an. Das ist keine geeignete Grundlage für gemeinsames Regieren.

Unvereinbares zusammen zu spannen kann nicht zum »gelungenen Experiment« werden, es bleibt unvereinbar.

### WAS ZU TUN BLEIBT

Die FunktionsträgerInnen der SPÖ, von der Spitze angefangen, müssen darüber reden, wer wir sind, was unser Programm ist, wofür wir stehen. Es muss begründet werden, warum wir bestimmte Partnerschaften nicht eingehen können und unsere Mitglieder und WählerInnen müssen es verstehen. Für die SPÖ geht es dabei um ihre Identität als Partei, die die Würde des Menschen – aller Menschen – in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Für die SPÖ verbietet sich daher ein Zusammengehen mit Parteien, für die unterschiedliche Menschen unterschiedlichen Wert haben. Die SPÖ kann, will sie ihre Identität nicht aufs Spiel setzen, politische Erfolge nicht dadurch erzielen (wollen), dass sie bestimmte Menschengruppen ausschließt, zur Stimmungsmache missbraucht, gesellschaftliche Spaltung (weiter) vorantreibt. Die SPÖ steht oder müsste zumindest nach ihrem Programm für eine integrierende Gesellschaftspolitik, für solidarisierende Politik stehen. Und darauf muss man sich verlassen können. 

### CASPAR EINEM

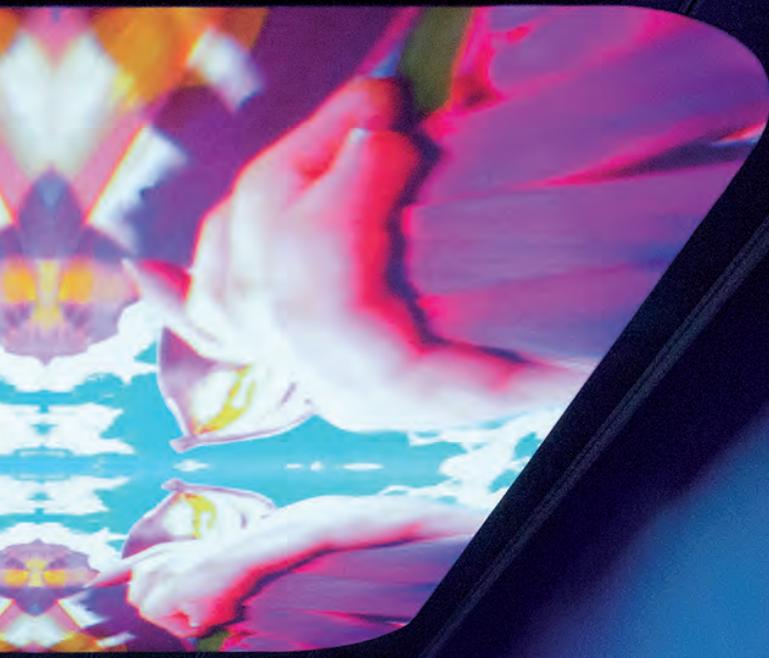
gehörte 1994-2000 der Bundesregierung und bis 2007 dem Nationalrat an, war Präsident des BSA und auch langjähriger Chefredakteur der ZUKUNFT. Heute ist er u.a. als Präsident des Österreichischen Instituts für Internationale Politik(OIIP) und Vizepräsident des Forum Alpbach tätig.



# PIPILOTTI RIST

**KUNSTHALLE KREMS**





Die Kunsthalle Krems widmet der berühmtesten Schweizer Video- und Objektkünstlerin Pipilotti Rist (\* 1962) – der »Technikromantikerin und utopischen Philanthropin« (Daniele Muscionico) der internationalen Kunstszene – eine ihrer bisher größten Einzelausstellungen. Das Spektrum der ausgestellten Werke aus rund 30 Schaffensjahren reicht von frühen, erstmals der Öffentlichkeit präsentierten Objekten und Experimentalfilmen der späten 1980er-Jahre über ihre bekanntesten Werke bis hin zu aktuellen, raumgreifenden Videoinstallationen und bietet damit einen einzigartigen Einblick in Pipilotti Rists fantasievolles Universum bewegter wie bewegender Bilder. Dieses besticht neben der Reflexion auf die heutige Medienrealität vor allem durch eine beeindruckende Sinnlichkeit. Indem sie Seh-, Tast- und Hörsinn gleichermaßen ansprechen, aktivieren Rists Videos und Installationen nicht nur das eigene Körperempfinden, sondern laden gleichzeitig dazu ein, die Welt mit anderen Augen zu sehen und gewohnte Sichtweisen in Frage zu stellen.

bis 28. Juni 2015 | [www.kunsthalle.at/](http://www.kunsthalle.at/)



# Wien Freiheitlich – ein Szenario der Veränderung

**Die schmerzlichen Zugewinne** der FPÖ in der Steiermark und im Burgenland sind für Rudi Schicker Anlass, sich mit den realistischen Veränderungen Wiens bei einem Machtwechsel auch in unserer Stadt von den SozialdemokratInnen zu den Freiheitlichen auseinanderzusetzen. Er zeigt auf, welche grundlegenden inhaltlichen Differenzen eine klare Abgrenzung zwingend erforderlich machen.

**H**einz-Christian Strache hat angekündigt, Wiener Bürgermeister werden zu wollen. Das ist zwar ein nach wie vor unwahrscheinlicher Wunsch, wie die Umfragen zeigen. Es ist eher davon auszugehen, dass die FPÖ in Wien ihren Zenit schon erreicht hat, und wieder einmal der Spitzenkandidat dieser Partei nicht einmal in den Wiener Gemeinderat und Landtag einziehen wird, den Wählern und Wählerinnen erneut eine Mogelpackung zur Wahl gestellt wird. Heinz-Christian Strache war bisher ja immer zu feige, sich der Arbeit für die WienerInnen zu stellen, selbst für jene, die ihn gewählt hatten.

Trotzdem sollten wir uns vor Augen führen, was – entsprechend den Aussagen, Forderungen und Handlungen der Freiheitlichen bei Regierungsbeteiligungen – an Veränderungen auf diese Stadt zukommen könnten.

Das Kärntner Desaster und die Folgen der schwarz-blauen Bundesregierung belasten alle ÖsterreicherInnen und sohin auch die WienerInnen jetzt und in Zukunft noch schwer. Die StudentInnen der TU Wien haben im Sommer 2014 dargestellt, was man mit 19 Mrd. Euro – das war die damalige Kalkulation für den Schaden des Hypo Alpe Adria-Desasters – Sinnvolles machen könnte: eine Stadt für 200.000 EinwohnerInnen mit Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Spitälern, Sportanlagen, Straßen und öffentlichem Verkehr könnte um dieses Geld gebaut werden oder anders herum, Investitionen wie für eine Stadt wie Linz müssen wir – vereinfacht gesagt – aufgeben, weil das Geld zur Schuldenabdeckung dieses Debakels benötigt wird. Das drückt auf die Finanzkraft der öffentlichen Hand, das verhindert Konjunkturmaßnahmen und produziert Arbeitslosigkeit – Investitionskapital, das Wien dringend brauchen würde, wächst doch unsere Stadt

in einem Jahrzehnt mindestens um die EinwohnerInnenzahl von Linz.

## ÜBRIGENS, WOHNEN:

Wohnen ist in einer Großstadt immer eine wesentliche Herausforderung. Bisher gilt Wien international als Vorbild was sozialen Wohnbau, Architektur, Neubautätigkeit und Stadterneuerung und die Durchmischung der Wohngebiete betrifft. Besonders hervorgehoben wird dabei auch die vergleichsweise moderate Höhe der Mieten. Immerhin stiegen die Mieten im Gemeindebau und im geförderten Wohnbau unter der Inflationsrate. Leider ist das Mietrecht mit seinen undurchsichtigen Richtwerten und Zuschlagsregelungen sehr nachteilig für die MieterInnen in Privathäusern. Dort steigen die Mieten unverhältnismäßig rasch und die Befristung von Mietverträgen belastet die Zukunft vieler junger Familien.

## WAS WÄRE VON DEN FREIHEITLICHEN ZU ERWARTEN?

Sie streiten zwar ab, dass sie die Gemeindewohnungen verkaufen wollen – sicher kann man sich jedoch nicht sein (siehe Buwog). Was aber durchaus möglich ist, weil von einzelnen Mietervertretern dieser Partei schon verlangt, ist die Herauslösung der Verwaltung von Wohnhausanlagen aus dem Verbund von Wiener Wohnen und die Vergabe an private Hausverwaltungen. Gerade in diesem Segment der Immobilienwirtschaft ist der Anteil freiheitlicher Sympathisanten und Parteigänger groß, die Klientel könnte bedient werden. Die Mietervereinigung kann ein Lied über die Praktiken dieser Verwalter singen. Zum Vorteil der MieterInnen ist so etwas noch nie gewesen. Die von Stadtrat Ludwig im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eingeführten HausbetreuerInnen und HausbesorgerInnen neu werden sicherlich wieder ab-

geschafft, schließlich hat die schwarz-blaue Bundesregierung die HausbesorgerInnen seinerzeit in einer Nacht-und-Nebel-Aktion abgeschafft! Private Firmen mit all den Unzulänglichkeiten, die MieterInnen in den vergangenen Jahren dadurch hinnehmen mussten, werden wieder zur Erhöhung der Betriebskosten, nicht aber zur Anhebung der Betreuungsqualität beitragen.

Besonders gefährdet ist die im Besitz der Stadt Wien befindliche Wohnbaugesellschaft GESIBA. Sie ist den Freiheitlichen im Wiener Gemeinderat immer schon ein Dorn im Auge gewesen. Die Erfahrungen mit der BUWOG werden sie hier anwenden. Eine gut geführte Gesellschaft mit hervorragend gepflegten Wohnhäusern in Alt- und Neubestand, die GESIBA, ist ein wahrer Leckerbissen für die Privatisierer. An der Bewertung des Unternehmens, am Verfahren für den Verkauf und am Verkauf selbst können viele verdienen – auf Kosten der MieterInnen in GESIBA-Wohnungen. Das Schema BUWOG könnte 1:1 übernommen werden; vermutlich bis zu den nachlaufenden Erhebungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft und den Gerichtsverfahren. Gesichert wäre jedenfalls eine Kostensteigerung für die MieterInnen bei weniger qualitativollen Leistungen.

Große Veränderungen kämen auch auf die gemeinnützigen Wohnbauträger zu, die wenigen privaten, v.a. aber die hervorragend wirtschaftenden Wohnbaugenossenschaften. Diese versuchen die Freiheitlichen seit jeher madig zu machen. Da schrecken sie auch nicht vor persönlichen Diffamierungen zurück. Dass die Genossenschaften durch gesetzliche Auflagen, die Prüfungen des Revisionsverbandes und die Aufsicht durch die Landesregierung wesentlich besser durchleuchtet und kontrolliert sind als jede private Firma, wird selbstverständlich verschwiegen. Deshalb werden die Freiheitlichen systematisch die Zerschlagung der Wohnbauförderung betreiben. Wie in Kärnten, wird die Wohnbauförderung komplett umstrukturiert bzw. dem Wohnungswesen entzogen werden.

Schon jetzt wird die Objektförderung diffamiert und der Vorschlag steht im Raum, stattdessen jedem Wohnungssuchenden einen Wohnungsscheck in die Hand zu drücken. Wie es heißt, unbürokratisch, jeder soll dann in Eigenverantwortung diesen Scheck beim Vermieter einlösen. Wäre der Wohnungsmarkt tatsächlich ein freier Markt mit gleichberechtigt Handelnden, könnte das funktionieren. Aber man stelle sich eine alleinerziehende Hilfsarbeiterin gegenüber einem Wohnungsmakler oder Hausbesitzervor ; der Wert

des Wohnbauschecks wäre einfach der Aufschlag auf die Miete. Der Wohnbauscheck ist eine einfache und wirksame Verteuerungsstrategie für den Wohnbau, zum Nachteil für Wohnungssuchende!

Für die Tausenden in Wien jährlich erforderlichen Neubawohnungen wären auch die Erfahrungen mit der freiheitlichen Immobilienpolitik von großem Nachteil. Insiderwissen bei Grundstückstransaktionen hat während der schwarz-blauen Regierung immer wieder zu merkwürdigen und mediennotorischen Verkäufen geführt, die allesamt Grundstücke nur verteuert haben und erschwinglichen Wohnbau erschwerten.

Wien hat ein System der sanften Stadterneuerung etabliert, das sicherstellt, dass die Anliegen der MieterInnen im Zuge einer Haussanierung berücksichtigt werden. Kahl-schlagsanierungen wie in anderen Großstädten sind in Wien bisher verhindert worden. Das bedeutet im Gegenzug eine Einschränkung der Freiheiten von Hausbesitzern und sogenannten Immobilienentwicklern im Interesse der BewohnerInnen. Diese doch mühsamen Prozesse der Zusammenarbeit werden die Freiheitlichen im Interesse der Immobilienspekulanten mit Sicherheit lockern; MieterInnen werden der Immobilienverwertung weichen müssen.

Zusammenfassend: Freiheitliche Politik würde in Wien Wohnen verteuern, die Stellung der MieterInnen gegenüber Hauseigentümern schwächen und bewährte Formen des sozialen Wohnbaues zerschlagen. Alles in allem, keine guten Nachrichten für den Großteil der WienerInnen!

### ÜBRIGENS, BILDUNG:

Wien hat seit mehreren Jahren den Gratiskindergarten eingeführt, auch die Kinderkrippen wurden ausgebaut. Selbstverständlich ganztags geöffnet mit ganz wenigen Schließtagen im Jahr (Wien: 3-4 Tage, in anderen Bundesländern mehrere Wochen). Kindergärten sind in Wien Bildungseinrichtungen und nicht Kinderaufbewahrungsanstalten. Deshalb sind sie gratis und junge Familien ersparen sich jährlich tausende Euro. Wiener Schulen werden sukzessive auf Ganztagsbetrieb mit verschränktem Unterricht umgestellt. Die Erfolge sind signifikant besser. Und Nachmittagsbetreuung wird bei vielen Halbtagschulen angeboten. Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen ist in Wien nicht nur an den NMS sondern auch in Form der Wiener Mittelschule an mehreren AHS- (vulgo Gymnasien) Unterstufen Realität; mit hohem Ausbildungserfolg.

## WAS WÄRE VON DEN FREIHEITLICHEN ZU ERWARTEN?

Das Familienbild der Freiheitlichen ist eindeutig, traditionell und frauenfeindlich: Mütter gehören zu den Kindern, Kinder dürfen den Eltern nicht »weggenommen« werden. Daher sind ganztägige Schulformen schlecht, Kindergärten am Nachmittag entbehrlich und Krippenplätze obsolet, weil die Mütter ja bei den Kindern zu Hause bleiben sollen. Ganz abgesehen davon, dass es komplett an den Lebensrealitäten vorbeigeht (Alleinerziehende, Unterstützungsbedarf bei Kindern aus bildungsfernen Schichten usw.), ist dies der beste Weg ins Abseits! Eine wissensbasierte Gesellschaft braucht die Kreativität, das Wissen die Mitarbeit möglichst vieler gut ausgebildeter Menschen. Niemand darf dabei zurückgelassen werden.

In die gegensätzliche Richtung geht aber die Verteidigung des Gymnasiums durch die Freiheitlichen! Man will unter sich bleiben können, den Eliten bzw. ihren Kindern sollen die Gymnasien als Ausbildungsstätten erhalten bleiben, die anderen gehören an die Hauptschulen. Dieses Aufteilen passt ins Schema freiheitlicher Gesellschaftspolitik. Die oben führen, die unten dienen. Aufstiegschancen – nur ja nicht!

Was wird daher passieren: Tendenziell wird das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen im Kleinkindalter; Kinderkrippen und Kindergärten mit Ganztagsbetrieb nicht mehr ausgebaut werden. Ganztagschulen werden wieder auf Halbtagsbetrieb umgestellt und die erfolgreiche Integration von Hauptschule und Gymnasium in der Unterstufe wieder eingestellt werden – zurück zur Schule des 19. Jahrhunderts!

Zusammenfassend: die Fortschritte des letzten Jahrzehnts auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung in Ganztagskindergärten, Ganztagschulen und gemeinsamer Mittelstufe würden verloren gehen. Vor allem für Kinder aus bildungsfernen Schichten würden sich die Chancen deutlich verschlechtern. Alleinerziehende hätten große Probleme bei der Betreuung ihrer Kinder am Nachmittag und viele Frauen würden auf Beruf und Aufstieg verzichten müssen. Alles in allem: Wien böte keine Basis mehr für eine moderne wissensbasierte Gesellschaft.

## ÜBRIGENS, DEUTSCHKENNTNISSE:

Wer in Wien lebt, muss Deutsch können. In Wort und Schrift und auf hohem Niveau, das ist doch selbstverständlich! Viele tun sich da schwer, weil sich zu Hause niemand um ihre Bildung kümmert oder weil sie eine andere Muttersprache haben. Beiden Gruppen wird in Wien geholfen, in den Kinder-

gärten, in den Schulen und durch spezielle Sprachkurse, durch die Förderung 2.0 und viele andere Maßnahmen. Wien will, dass alle BewohnerInnen hervorragend Deutsch sprechen und wir wollen auch, dass jedes Kind eine zweite Sprache perfekt erlernt. Mehrsprachigkeit ist von Vorteil für den Einzelnen und auch für unsere Wirtschaft!

## WAS WÄRE VON DEN FREIHEITLICHEN ZU ERWARTEN?

Sie wollen, dass alle Deutsch sprechen. Sie wollen aber nicht, dass geholfen wird, unsere Sprache zu erlernen. Die Freiheitlichen im Wiener Gemeinderat stimmen gegen alle – ausnahmslos alle – Deutschkurse. Ob an Volkshochschulen, in Vereinen oder sonst wo. Jemandem, der nicht Deutsch kann, darf nach Ansicht der Freiheitlichen offenbar nicht geholfen werden. Damit sich wiederum die Freiheitlichen über die fehlenden Sprachkenntnisse mokieren können. Nicht helfen, ausgrenzen und Konflikte schüren ist ihr Prinzip. Nur so kann das Feindbild des Zuwanderers als Schmarotzer aufrecht erhalten bleiben, denn wer nicht Deutsch kann, kommt zu keiner besseren Ausbildung, findet nicht so gut einen Arbeitsplatz und ist somit kein »wertvolles Mitglied« der Gesellschaft – und diese Ausländer will die FPÖ rausschmeißen. Könnten diese Menschen rasch Deutsch mit der Hilfe der Sprachkurse und Lernhilfen, fiele ein der FPÖ willkommenes Feindbild weg! Daher wird eine FPÖ in der Stadtregierung ganz sicher Sprachkurse und die Hilfe zum Lernen der deutschen Sprache nicht mehr fördern.

Zusammenfassend: Die Abschaffung der Deutschkurse ist ausgemachte Sache bei der FPÖ. Das provoziert geradezu Konflikte in der Gesellschaft und gefährdet den sozialen Konsens in Wien. Abgesehen davon, dass eine erfolgreiche Stadt aus wirtschaftlichen Gründen bestens ausgebildete Menschen mit Sprachkompetenz in vielen Sprachen braucht, entlarvt gerade die Frage der Sprachkompetenz das ach so soziale Getue der FPÖ.

## ÜBRIGENS, SOZIALES NETZ:

In diesem Bereich arbeitet Wien ganz eng mit dem Sozialministerium zusammen. Die Mindestsicherung (früher Sozialhilfe) ist eng mit den Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt gekoppelt. In Wien erreicht die Mindestsicherung über 70 % der bedürftigen Menschen, in anderen Bundesländern werden teilweise weniger als 30% erreicht. In Wien wird alles unternommen, die Ausbildung von Arbeitslosen zu verbessern. Für Jugendliche gibt es die Ausbildungsgarantie. In Wien werden auch Kranke und Menschen mit besonderen Bedürfnissen

nicht zurückgelassen. Umfangreiche Programme kümmern sich um ältere Menschen. Geriatriezentren und SeniorInnenwohnhäuser mit alten Menschen würdigen Bedingungen stehen zur Verfügung. Kinder- und Jugendrechte werden umgesetzt, deren Einhaltung kontrolliert und gegebenenfalls wird auch eingegriffen. Frauen, die sich vor gewalttätigen Männern schützen müssen, stehen Frauenhäuser zur Verfügung.

### WAS WÄRE VON DEN FREIHEITLICHEN ZU ERWARTEN?

Die Erfahrungen mit FPÖ-Politik machen sicher, dass sich hier Gravierendes ändern würde. Freiheitliche Sozialpolitik Marke Kärnten setzte auf Almosen. In echter Gutsherrenart verteilt der Landeshauptmann Bargeld: für die Geburt eines Kindes, für geringe Einkommensbezieher, für die Heizkosten usw. Direkt aus der Hand des Landeshauptmanns mit Foto für den Herrgottswinkel. Helfen tut das nicht – zumindest nicht den Bedürftigen – dem Landeshauptmann schon, sein Foto ist in jedem Wohnzimmer. Deshalb wehren sich die Freiheitlichen auch so dagegen, dass Sozialleistungen als Sachleistungen und als Rechtsanspruch gewährt werden. Typisches Beispiel in Wien war der Heizkostenzuschuss; dieser wurde umgestellt auf die Sanierung der Heizungsbedingungen in den Wohnungen der Betroffenen, zielorientiert und nachhaltig hilfreich. Schlecht im Sinne freiheitlicher Almosenpolitik.

Zusammenfassend: Sozialpolitik nach Regeln und mit Rechtsanspruch – und darauf basiert die Wiener Sozialpolitik – würde sich wandeln in Almosenpolitik nach Gutsherrenart: Wer sich anstellt, vor dem Landeshauptmann schön buckelt und ihm zu Gesicht steht (dunkle Hautfarbe z.B. nicht), bekommt ein Geldgeschenk. Der Sozialstaat würde ausgehöhlt und der Willkür von FPÖ-Politikern unterworfen.

### ÜBRIGENS, »DIE AUSLÄNDER«:

Selbstverständlich ist es nicht einfach, Zusammenleben in einer Stadt mit hoher Zuwanderung möglichst konfliktfrei zu organisieren. Wien bemüht sich darum mit der Wiener Hausordnung, der Charta des Zusammenlebens die Spielregeln unserer Gesellschaft allen zugänglich zu machen, die Menschenrechte als Grundlage unserer Gesellschaft durchzusetzen. Das ist ein permanenter Prozess, der alle hier Lebenden umfassen muss. Da gibt es nicht »die Ausländer«, sondern da gibt es Menschen, einzelne und Gruppen. Manche tun sich damit schwerer als andere. Wenige wollen unsere Gesellschaft überhaupt nicht. Sie werden auf die Regeln hingewiesen und – wenn strafrechtlich relevant – auch verfolgt. Generalverdacht

darf es jedenfalls keinen geben. Das ist die Grundlage einer erfolgreichen, weitgehend friedlichen Entwicklung unserer Wiener Gesellschaft. Und das ist das Ziel: sicheres und friedliches Zusammenleben, mit Chancen für alle, ihre Lebenssituation zu verbessern.

### WAS WÄRE VON DEN FREIHEITLICHEN ZU ERWARTEN?

Die Freiheitlichen unterscheiden nicht zwischen Zuwanderern, österreichischen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund, Asylwerbenden, Flüchtlingen und Kriminellen. Für sie sind »die Ausländer« integrationsunwillige, hinterfotzige Sozialschmarotzer und Kriminelle. Dementsprechend stimmen Freiheitliche grundsätzlich gegen jede Maßnahme, die den Zusammenhalt der Gesellschaft unterstützen könnte (z. B. Förderung von Vereinen von MigrantInnen). Das Feindbild »Ausländer«, das Feindbild »Migrant«, das Feindbild »Asylant« muss erhalten bleiben. Bei einer nach diesen Kriterien ausgerichteten Stadtpolitik ist Konflikt, ist Auseinanderfallen der Gesellschaft vorprogrammiert. Verhältnisse wie in den Pariser Vororten sind zu erwarten.

Zusammenfassend: Alle Bemühungen, das friedliche Zusammenleben aller Menschen in Wien zu fördern, würde dem Schüren der Gegensätze weichen – mit den aus anderen Städten bekannten Folgen: mehr Konflikt, mehr tätliche Auseinandersetzungen, höhere Unsicherheit.

### ÜBRIGENS, VERKEHR:

Die Wiener Verkehrspolitik basiert stark auf dem hervorragenden Öffentlichen Verkehr. Die Wiener Linien bieten beste Qualität zu sehr günstigen Preisen und das 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr! Fast 40% aller Fahrten in Wien werden mit dem öv zurückgelegt. Und die WienerInnen sind stolz darauf. Die SPÖ steht für eine intelligente Verkehrspolitik, jeder soll das Verkehrsmittel benützen, das für das Mobilitätsbedürfnis am besten ist. Das ist oft die Bim, das sind manchmal das Auto und ebenso das Fahrrad. Zu Fuß gehen wir alle auch. Vorrang hat aber der öv, weil er die meisten Menschen transportiert.

### WAS WÄRE VON DEN FREIHEITLICHEN ZU ERWARTEN?

Die Freiheitlichen sind immer noch zurück im letzten Jahrhundert: »Freie Fahrt für freie Bürger« ist ihr Motto. Damit meinen sie natürlich das Auto. Jeglicher Vorrang für den öv ist ihnen ein Dorn im Auge, sofern der Autoverkehr behin-

dert werden könnte. Das hieße: keine eigenen Gleiskörper für die Straßenbahn, keine Busspuren mehr. Apropos Busse. Wien hat ein einheitliches öv-Netz. Die Wiener Linien sind die Betreiber des Netzes. Das geht auch anders, wie wir von anderen Städten wissen. Freiheitliche Politik könnte es auch sein, den Betrieb des Busnetzes den Wiener Linien wegzunehmen. Zumindest die Politik der blauen Verkehrsminister zu Beginn dieses Jahrhunderts war so, was Postbus und Bahnbus in den Bundesländern betrifft. Und so ein privater Busbetreiber ist an Gewinn interessiert – zu Lasten der Fahrgäste und der Belegschaft.

Zusammenfassend: Der Weg einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik aufbauend auf dem Öffentlichen Verkehr würde verlassen werden. Wir hätten wieder mehr Autos und mehr Staus in Wien. Die Wiener Linien und ihre Fahrgäste wären die Verlierer. Möglicherweise auch die Verkehrsbediensteten, wenn die Buslinien privatisiert würden.

### ÜBRIGENS, 70 JAHRE KRIEGSENDE:

Wien ist eine weltoffene Stadt. Für uns ist der 8. Mai ein Freudentag, Befreiung vom Naziterror! Österreich hat nach langem Verleugnen die Mittäterschaft an den Greueln der Nazis einbekannt. Wien ist auch eine Stadt, die sich seit Helmut Zilk ganz besonders bemüht, auch ehemalige jüdische BürgerInnen dieser Stadt wieder willkommen zu heißen. Auch die Frage der Restitution ist endlich ordentlich gelöst.

### WAS WÄRE VON DEN FREIHEITLICHEN ZU ERWARTEN?

Die Erfahrung zeigt, dass Freiheitliche den 8. Mai als Tag der Niederlage sehen. Das Fest der Freude würde wieder dem Totengedenken am Heldenplatz weichen müssen. Und der Korporiertenball (vulgo Akademikerball) könnte dann wahrscheinlich wie 2012 regelmäßig am Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz stattfinden.

Zusammenfassend: Die grauenvolle Vergangenheit würde wieder verharmlost werden, die internationale Reputation Wiens wäre nachhaltig zerstört.

### ÜBRIGENS, DAS BUDGET:

Wien hat in Zeiten der Hochkonjunktur gespart und Schulden zurückgezahlt. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 steigt das Defizit der Stadt an, weil wir für Investitionen, die wir benötigen, für Maßnahmen, die die Wirtschaft ankurbeln, Geld ausgeben. Klassisches deficit spending, klassische

keynesianische Politik, wie sie Kreisky in den 70er-Jahren auch praktiziert hat. Die Verschuldung Wiens ist im Vergleich zum Bund und zu anderen Bundesländern niedrig, nominell und pro Kopf. Wir würden gern noch mehr investieren, weil die Arbeitslosigkeit leider hoch ist, dem steht aber der Stabilitätspakt entgegen und die eingangs beschriebenen Schulden aus der Bankenkrise. Was trotz dieser Situation für uns nicht in Frage kommt: Wir verkaufen nichts! Nichts für das Leben in Wien wichtige: wir verkaufen nicht die Wasserversorgung, wir verkaufen nicht den öffentlichen Verkehr, wir verkaufen nicht die Gemeindewohnungen, wir betreiben Kanal, Kläranlage, Müllentsorgung und Energieversorger selber.

### WAS WÄRE VON DEN FREIHEITLICHEN ZU ERWARTEN?

Freiheitliche Budgetpolitik führt regelmäßig zum Desaster! In Kärnten ganz eindeutig. Im Bund unter Finanzminister Grassler zu Arbeitslosigkeit trotz Hochkonjunktur und zu einer Serie von Korruptionsverdächtigungen – die Gerichte sollten darüber endlich entscheiden. Freiheitliche Finanzpolitik besteht im Wesentlichen auch im Verkaufen des Familiensilbers, z. B. der Austria Tabak, z. B. auch der BUWOG. Damit erreicht man nur kurzfristige Budgeteffekte und verhindert nachhaltiges Wirtschaften. Und Wien hat vieles im Eigentum, worauf wir stolz sind, das auch was wert ist: Wälder zum Schutz unseres Trinkwassers, die Donauinsel, Freibäder, Gemeindewohnhäuser, WienEnergie als Strom-, Gas- und Fernwärmeversorger. In Haiderscher und Grasserscher Manier stünde das wohl alles zur Disposition. Einmal verkauft, ein Jahr schöne Einnahmen und dann wieder gähnende Leere in der Kassa und kein Besitz mehr. Das wäre Freiheitliche Budgetpolitik.

Zusammenfassend: Freiheitliche Budgetpolitik baut immer nur auf Einmaleffekten und danach bleiben leere Kassen übrig. Wien hätte dann wohl keinen eigenen Energieversorger mehr, schlechtere Wasserqualität, eine verbaute Donauinsel und privatisierte teure Sommerbäder. Nach dem Motto Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste. Das ergibt Jahrzehnte lange Überschuldung à la Kärnten.

### ZUM ABSCHLUSS:

Das ist nur ein kleiner Überblick über bevorstehende Veränderungen in der Politik dieser Stadt, wenn die Freiheitlichen das Sagen hätten. Dabei ist nichts erfunden, alles abgeleitet aus dem bisherigen Abstimmungsverhalten der Freiheitlichen im Wiener Gemeinderat und Landtag, den Kärntner Erfahrungen und den Erfahrungen mit der schwarz-blauen Bun-

desregierung. Weitere Beispiele können nachgeliefert werden. Es wird an den Wienerinnen und Wienern liegen, ob sie das wollen, ob sie sich darauf einlassen oder weiterhin die seriöse, erfahrene Menschen in den Mittelpunkt stellende Politik der Wiener SPÖ für unsere Stadt wollen.

P.S.: Was sich übrigens nicht ändern würde: Wien hat ein leicht mehrheitsförderndes Wahlrecht. Es hilft den größeren Parteien ein bisschen. Das würden die Freiheitlichen sicher nicht ändern, Notariatsakt hin oder her. 

**RUDI SCHICKER**

ist Klubvorsitzender der SPÖ Wien.





PIPILOTTI  
RIST KUNSTHALLE KREMS

# Keine Zeit verlieren, um die Sozialdemokratie zu retten

**Statt die Wahlergebnisse** in der Steiermark und im Burgenland politisch zu analysieren, ist ein Wettrennen um den Erhalt von Regierungsposten ausgebrochen. Der symbolische Schaukampf zwischen »rot-blauem Experiment« im Burgenland und einer Unterwerfung unter die ÖVP in der Steiermark sind für Julia Herr nur zwei verschiedene Wege in den gleichen Abgrund. Die SPÖ müsse die Alternative zu ihrer Selbstaufgabe in der Wiedergewinnung von Gestaltungswillen, Glaubwürdigkeit und Stärke finden. Nur so könne die Sozialdemokratie eine Regierung Mitterlehner/Strache und die eigene Atomisierung verhindern. Für die dringend notwendige Erneuerung dürfe man aber nicht auf Einsicht von oben warten – die Partei müsse ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen.

**D**ie Wahlergebnisse vom 31. Mai 2015 sind für die SPÖ eigentlich dramatisch genug, um nicht nur einsilbig von »schmerzlichen Verlusten« zu sprechen und dann schnell im Regierungsgalltag weiter zu machen. Die Ergebnisse sind bundesweit wichtig. Nicht nur, weil die SPÖ in der Steiermark 9% und im Burgenland 6,3% verloren hat, nicht nur weil die FPÖ in beiden Bundesländern stark gewonnen hat, sondern vor allem auch wegen der Zusammensetzung der WählerInnen. Die FPÖ hat in der Steiermark zwei Drittel und im Burgenland ein Drittel der WählerInnen angesprochen, die skeptisch in die Zukunft blicken. Und sie hat in annähernd dem gleichen Verhältnis die Stimmen der ArbeiterInnen erhalten, jedenfalls jener, die zur Wahl gegangen sind. Diese Differenzierung ist wichtig. Denn auch bei diesen Wahlen hat die SPÖ wieder einmal am stärksten an das NichtwählerInnenlager verloren.

Ich möchte versuchen, anhand einiger Thesen zusammenzufassen, was aus den Ergebnissen politisch gefolgert werden kann, um dann Vorschläge zu entwickeln, was aus meiner Sicht zu tun ist:

## **THESE 1: DIE ERGEBNISSE SIND BUNDESWEIT RELEVANT**

Natürlich spiegeln Landtags- und noch stärker Gemeinderatswahlen immer auch regionale und lokale Gegebenheiten wider. Je lokaler der Wahlgang, umso stärker wirken lokale Verhältnisse, spielen die persönliche Verankerung und Glaub-

würdigkeit der KandidatInnen eine Rolle. Die hohen Verluste in der Steiermark und im Burgenland und die soziodemographischen Verschiebungen sind aber keinesfalls auf lokale Ereignisse zu begrenzen. Der gemeinsame Trend hat gemeinsame Problemursachen: Den Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust der SPÖ insgesamt. Die als »Reformpartnerschaft« bezeichnete Politik hat den Trend in der Steiermark wohl noch verstärkt, aber die Ursachen liegen tiefer und die gesamte Partei sollte sich mit ihnen befassen.

## **THESE 2: DER SPÖ FEHLT EINE PERSPEKTIVE**

Eine der Hauptursachen der Schwächung der SPÖ ist, das Fehlen einer glaubwürdigen politischen Perspektive für ein besseres Leben. Viele WählerInnen fürchten sich vor den anonymen Kräften des globalisierten Kapitalismus, die konkret dazu führen, dass der Arbeitsplatz unsicher, schlecht bezahlt, mit alltäglichen Demütigungen verbunden ist. Sie fürchten sich, weil Arbeitslosigkeit und Krankheit zu massiven Einkommensverlusten und sozialem Abstieg führen können. Sie fürchten sich, den eigenen bescheidenen Wohlstand zu verlieren, weil Wohnen unleistbar wird und Güter des täglichen Bedarfs ständig teurer werden. Sie werden verunsichert, weil seit Jahren von unvorstellbaren Beträgen die Rede ist, die an Banken in Österreich, in Griechenland oder anderswo in Europa fließen, während der Staat bei seinen BürgerInnen »sparen muss«. Sie fürchten sich, weil der unmenschliche Umgang der europäischen und der österreichischen Innenministerin mit Flüchtlingen, das Aufstellen von Zelten und das Gerede

vom Militäreinsatz gegen »Schlepperbanden« das Bild einer Flüchtlingsflut erzeugt, die Europa nicht bewältigen könne.

Im Angesicht der größten kapitalistischen Krise seit den 1930er-Jahren gibt die Sozialdemokratie keine Antworten, bietet keine Lösungen. Dieses Vakuum füllt die FPÖ mit ihrer Hetze. Die FPÖ macht hilflose AsylwerberInnen für das verantwortlich, was Auswüchse des in der Krise befindlichen Kapitalismus ist. Dabei ist es sicherlich auch den eigenen Parteikassen zuträglicher, angebliche Moscheebauten für hohe Mieten die Schuld zu geben, statt einem profitorientierten privaten Immobiliensektor. Die FPÖ kann Ängste aber nur dort schüren, wo vernünftige Erklärungsmodelle und alternative Strategien fehlen.

### THESE 3: STRACHE-SPRECH HILFT NUR DER FPÖ

Mit ihren ausländerfeindlichen Sprüchen greift die FPÖ eine angstgetriebene, aggressive Stimmungslage auf, die aus berechtigten sozialen Sorgen gespeist wird und dann oft irrationale Formen annimmt. Manche meinen, dem Zulauf zur FPÖ dadurch etwas entgegenzusetzen zu können, indem sie selbst über »Zuwanderung ins Sozialsystem« oder »Asyl-Express« sprechen, wie es aktuell gerade die öVP-MinisterInnen Kurz und Mikl-Leitner tun. Aber auch die Aussagen von Franz Voves und Hans Niessl zur »Integrationsverweigerung« gingen in diese Richtung. Die Wahlergebnisse zeigen dass das nicht nur politisch, sondern auch wahltaktisch ein schwerer Fehler war. Wer die Problembeschreibung und Begriffe übernimmt, wird von der FPÖ-Hetzwalze überrollt. Für die differenzierenden Sachvorschläge (zweites Kindergartenjahr, mehr Sprachkurse), interessiert sich niemand, wenn man die Erzählung der FPÖ (»Ausländer kriegen und dürfen alles und wir Österreicher zahlen d'rauf«) durch die eigenen Aussagen unterstützt. Dass es anders geht, hat am sichtbarsten Traiskirchens SPÖ-Bürgermeister Andreas Babler, haben aber auch viele andere SPÖ-PolitikerInnen auf Lokalebene (z.B. Alt-SJ-Vorsitzender Andreas Kollross in Trumau), vorgelebt. Ihnen ist es unter schwierigsten Bedingungen gelungen, die FPÖ gegen die Wand laufen zu lassen, ohne an deren Ton auch nur anzustreifen.

### THESE 4: »REFORMEN« DÜRFEN NICHT ZUM FÜRCHTEN SEIN

Viele JournalistInnen machen besonders den steirischen WählerInnen zum Vorwurf, den »Mut« der Reformpartnerschaft nicht gewürdigt zu haben. Diese Diskussion ist Teil des Problems. Was im Politikbetrieb diskutiert wird, ist völlig von

den realen Lebenswelten entkoppelt. Die Zusammenlegung von Gemeinden und Bezirken hat offensichtlich zwar Innenpolitik-Redakteure in Wien emotionalisiert, die WählerInnen aber laut Nachwahlbefragung nicht. Kritisch betrachtet wurden Maßnahmen wie die Abschaffung des Gratis-Kindergartens und Einsparungen im Sozialbereich. Während die SPÖ (und auch die ÖVP) inhaltlich kein Thema hatte, sprang die FPÖ mit den Themen Kriminalität und Ausländer in die Bresche und gab im Wahlkampf den Takt vor. Wenn es eines weiteren Beweises bedurfte: Die SPÖ muss die soziale Frage glaubwürdig in den Vordergrund stellen, um der FPÖ nicht das Feld zu überlassen. SozialdemokratInnen müssen Reformen machen, die Verbesserungen bringen. Mit »Reformen«, die kürzen, sparen und keine Perspektive haben, gewinnt man nur in den (Chef-)Redaktionen österreichischer Tageszeitungen Wahlen.

### THESE 5: SPÖ MUSS GLAUBWÜRDIG SEIN UND EMOTIONALISIEREN

Die Einbußen der SPÖ unter den ArbeiterInnen stehen symbolisch für den Verlust an Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie. Man glaubt ihr nicht, dass sie die Probleme löst, die sich im Alltag der Arbeitswelt und der privaten Lebensgestaltung stellen. Daran ist sie selbst Schuld. Wer angesichts steigender Arbeitslosigkeit nur rhetorisch gegen die europäische Sparpolitik wettet, sie aber gleichzeitig in Brüssel mitträgt und in Österreich vollzieht, sollte sich über den Glaubwürdigkeitsverlust nicht wundern. Alle Plakate dunkelrot zu färben und »Gerechtigkeit« darauf zu schreiben, kann dieses Problem nicht lösen. Der von Franz Voves genutzte Spruch »Sagt, was er tut. Tut, was er sagt« trifft es. Nur muss das, was man sagt und dann auch tut, eine Politik sein, die erkennbar soziale Probleme löst. Die FPÖ-Hetzargumente sind mittlerweile längst in der »Mitte der Gesellschaft« angekommen. Die Sozialdemokratie wird dem nur begegnen können, wenn sie diesen Positionen entgegentritt und mit eigenen sozialen Themen emotionalisiert. Warum sollte es so sein, dass sich die Empörung von Menschen über ihren Alltagsärger nur gegen AsylwerberInnen richten lässt? Warum soll es nicht möglich sein, diese Empörung gegen verantwortliche Strukturen zu richten und für die Lösung von Problemen zu mobilisieren, statt in die rassistische Ablenkung von eben diesen Problemen? Es gibt diese Lösungen: Sie reichen von der Verstaatlichung und Verkleinerung des Finanzsektors, über eine andere Budgetpolitik, Investitionen ins Bildungs- und Sozialsystem, Mietenbegrenzung, sozialen Wohnbau und Arbeitszeitverkürzung bis hin zur demokratischen Kontrolle großer Unterneh-

men. All diese Themen können aufregen und anecken, sie sind zwangsläufig mit Konflikten verbunden und ja, sie stellen auch den Kapitalismus in Frage. Aber ein Programm, das aufrüttelt, emotionalisiert und mitreißt, das an den sozialen Konflikten des Alltags anknüpft ist die einzige Alternative, wenn wir nicht weiter themenlos und langweilig bleiben wollen, während uns die FPÖ mit ihrer Hetze immer die Show stiehlt.

### **ABLEITUNG 1: ROT-BLAU LÖST KEIN PROBLEM, SONDERN SCHAFFT EIN NEUES**

Statt über die Wahlergebnisse vernünftig zu diskutieren, hat die Entscheidung der SPÖ Burgenland, den einstimmigen Beschluss des Bundesparteitags ignorierend, mit der FPÖ zu koalieren, eine Rot-Blau-Debatte ausgelöst. Die wird im Wesentlichen mit drei Argumenten geführt: 1. Die »Ausgrenzung« der FPÖ bringe ihr WählerInnen, weil sich die SPÖ der ÖVP ausliefern muss. 2. Mit der FPÖ gehen viele Dinge, die mit der ÖVP nicht gehen. 3. Wenn wir Rot-Blau nicht machen, droht Schwarz-Blau.

Der Reihe nach und in aller gebotenen Kürze: Es gibt keinen »Zwang«, sich der ÖVP auszuliefern. Gerade der Sozialistischen Jugend kaum den Vorwurf machen, sie habe jemals einer Auslieferung an die ÖVP das Wort geredet. Seit dem Beginn der Großen Koalition haben wir davor gewarnt, dass die mangelnde Durchsetzung sozialdemokratischer Politik und das Überlassen fast aller Schlüsselressorts an die ÖVP die FPÖ stärken wird. Dabei ist deren soziale Agitation ein einziger Schwindel und es ist zum Verzweifeln, dass ausgerechnet manche SPÖ-PolitikerInnen und GewerkschafterInnen darauf reinfallen. Die FPÖ vertritt in allen Kernfragen gleiche Positionen wie die ÖVP: ob Vermögenssteuern, Mietzinsgrenzen oder Kindergarten – die FPÖ ist immer auf Seiten ihrer Geldgeber in der Wirtschaft. Wenn wir mit der FPÖ so regieren würden, wie wir es jetzt mit der ÖVP tun, ändert sich für die SPÖ gar nichts. Wir verkaufen uns nur an einen anderen Gegner, der noch dazu mit dem heimischen Rechtsextremismus eng verbunden und dessen Menschen- und Politikverständnis mit sozialdemokratischen Grundsätzen diametral zusammenstößt. Einen Unterschied gibt es zusätzlich noch: Die Abgrenzung zur FPÖ und ihrer Hetze ist eine der wenigen Grundkonstanten, in denen die SPÖ eine hohe Glaubwürdigkeit hatte. Eine Partei, die ohnehin schon ein Glaubwürdigkeitsproblem hat, sollte nicht mit den Resten ihrer Glaubwürdigkeit spielen.

Seien wir ehrlich: Weder mit der ÖVP, noch mit der FPÖ lässt sich sozialdemokratisches Programm umsetzen. Dafür

sind wir als SPÖ schon selbst zuständig. Es wäre an der Zeit, dass wir uns wieder offensiv der Umsetzung dieses Programms widmen. Mit gewonnen Wahlen stellt sich auch die Frage der Dynamik bei der Regierungsbildung anders und bieten sich auch neue Optionen, etwa mit einer Minderheitsregierung, die sich Mehrheiten im Nationalrat sucht.

### **ABLEITUNG 2: WIR BRAUCHEN DISKUSSIONSKULTUR, NICHT GLEICHGÜLTIGKEIT**

Ich halte Rot-Blau für falsch und ich halte es für inakzeptabel, wenn einstimmige Parteitagebeschlüsse gerade für unsere führenden MandatsträgerInnen nicht zählen. Natürlich kann es zu Fragen unterschiedliche Auffassungen geben und es wäre gut, wenn wir solche Auffassungsunterschiede auch diskutieren und demokratisch entscheiden. Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied zwischen einer demokratischen Diskussionskultur und der Gleichgültigkeit gegenüber der Missachtung bestehender Beschlüsse. Es ist absurd, so zu tun, als wäre der ständige Verstoß gegen die innerparteiliche Willensbildung die Verwirklichung innerparteilicher Demokratie (»In der SPÖ gibt es viele Meinungen«). Beispiele gibt es zur Genüge: Ob bei der Wehrpflicht, bei der europäischen Wirtschaftspolitik oder der Verhinderung von Sonja Ablinger unter Verletzung der Frauenquote: Hier wurde in anderen Ländern und auf Bundesebene vorgelebt, was Hans Niessl jetzt in der Rot-Blau-Frage auch gemacht hat – die Missachtung von Beschlüssen. Das ist nicht nur ein demokratiepolitisches Problem, es macht auch die gesamte Partei und ihr Führungspersonal lächerlich. Wer soll eine Partei ernst nehmen, die sich selbst nicht ernst nimmt? Ja, wir brauchen eine echte Diskussionskultur und wir müssen unterschiedliche Meinungen aushalten. Dass aber »einfache« FunktionärInnen für ihre abweichenden Meinungen in Sachfragen aus Mandaten und der Partei gedrängt werden, während es als Ausdruck der »Pluralität« abgefeiert wird, wenn grundlegende Beschlüsse von Präsidiumsmitgliedern verletzt werden, das geht so nicht.

### **ABLEITUNG 3: DIE SPÖ MUSS POLITIK GESTALTEN, NICHT POSTEN BESETZEN**

Ich halte eine Debatte, die Rot-Blau versus Rot-Schwarz verläuft, für grundfalsch. Denn letztlich laufen beide Standpunkte nur darauf hinaus, welche Konstellation die Posten in der Regierung eher absichert. Erstens glaube ich: Weder noch. Rot-Blau im Burgenland dient der FPÖ zur innerparteilichen Destabilisierung der SPÖ und soll die hemmschwelle senken, in Wien blau zu wählen. Das seltsame Treiben des ÖVP-Klubobmanns Reinhold Lopatka rund um die Anwerbung

politisch fragwürdiger Stronach-Gesellen lässt die gleichzeitigen Vorbereitungen zu Schwarz-Blau offenkundig werden. Schwarz-Blau wird die SPÖ nur durch ein gutes Wahlergebnis verhindern können. Den Machtpoker am Verhandlungstisch hat sie schon verloren, bevor sie sich hingesetzt hat.

Vor allem ist entscheidend, was wir in der Regierung durchsetzen können. Das Wort von Willy Brandt, dass es keinen Sinn hat, als Sozialdemokrat in der Regierung zu sein, wenn man keine sozialdemokratische Politik machen kann, ist in den letzten Wochen oft gefallen und es enthält viel Wahres. Wir müssen uns dem Kampf um die Wiedergewinnung von Vertrauen widmen und nicht der defensiven Wahrung von Posten in der Regierung. Die in der Partei oft aufgebaute Wahl zwischen dem »Modell Burgenland« und dem »Modell Steiermark« (Rot-Blau versus Ausverkauf an die ÖVP) ist daher keine. Sie sind unterschiedliche Erscheinungsformen desselben Fehlers.

#### **ABLEITUNG 4: NUR SPÖ-KURSWECHSEL KANN STRACHE STOPPEN**

Der Ruf nach einer Linken jenseits der Sozialdemokratie wird lauter. Warum, so fragten viele links denkende und fühlende Menschen rund um die Rot-Blau-Querelen in sozialen Medien, hängt ihr so an der Sozialdemokratie? Auch auf diese Frage gibt das steirische Ergebnis Antworten. In der Steiermark gab es mit der im Landtag vertretenen KPÖ eine »linke« Alternative zur SPÖ. Der FPÖ Stimmen weggenommen hat sie ebenso wenig wie die Grünen. Die FPÖ stoppen, das kann offensichtlich nur dann gelingen, wenn die SPÖ wieder zu Kräften kommt. Entscheidend ist, ob ein Politikwechsel gelingt, der die Stimmen von ArbeiterInnen wiedergewinnt und darüber hinaus ein gesellschaftliches Bündnis schafft, das die Durchsetzung sozialdemokratischer Politik ermöglicht.

#### **ABLEITUNG 5: ES GIBT KEINE ZEIT, AUF DIE KOMMANDOBRÜCKE ZU WARTEN**

Der Umgang mit den Wahlergebnissen vom 31. Mai zeigt einmal mehr, was sich schon länger abzeichnet. Allen Wahlniederlagen, allen Stimm- und Mitgliederverlusten zum Trotz wird in der Regierung weitergemacht wie gehabt. Der Verlust der politischen Orientierung in einer Grundsatzfrage wie Rot-Blau zeigt aber die Dramatik der aktuellen Lage. Weil das Lamentieren nichts hilft, hoffen manche, in Rot-Blau eine Lösung für das Problem des mangelnden Profils gegenüber der ÖVP zu finden. Ich habe schon argumentiert, warum ich das für eine Fehleinschätzung halte.

Noch wichtiger als diese Diskussion ist es aber, Alternativen aufzuzeigen: Statt zu diskutieren, an wen wir unsere sozialdemokratische Seele weniger billig verscherbeln, müssen wir darum kämpfen, sozialdemokratische Positionen auch in unserer Partei wieder durchzusetzen und die SPÖ-Spitze daran hindern, weiter mit Hochgeschwindigkeit auf den Abgrund hinzusteuern.

Es gibt viele in der Sozialdemokratie jeden Tag im Einsatz sind, um sich auf lokaler und regionaler Ebene für die Anliegen der arbeitenden Menschen einzusetzen. Wir müssen anfangen, diese Kräfte zu vernetzen und zusammen die SPÖ wieder zu einer Partei zu machen, auf deren Politik man stolz sein kann. Es ist natürlich auch unsere Aufgabe der Sozialistischen Jugend, unsere Anliegen in die Gremien zu tragen und Diskussionen zu führen. Aber das ist nicht mehr genug. Wir müssen auf allen Ebenen die Zusammenarbeit verstärken, um das Bedürfnis nach einem grundlegenden Politikwandel in der Partei unübersehbar und durchsetzbar zu machen. Den Luxus, darauf zu warten, dass unser Spitzenpersonal die Dramatik der Lage erkennt, können wir uns nicht mehr leisten.



**JULIA HERR**

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich.



Pipilotti Rist, Anderer Körper [Another Body], 2008/2015, Installationsansicht Kunsthalle Krems, 2015, Foto: Lisa Rastl

# PIPILOTTI RIST

KUNSTHALLE KREMS



# Community Organizing

**Bernhard Herzog hat** sich intensiv mit der US-Methode »Community Organizing« und ihrer Nutzung für den Aufbau von Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen beschäftigt. Aus seiner Sicht reicht Community Organizing an die Grundwurzeln von politischer Arbeit. Davon kann die SPÖ lernen: ein mögliche Weg zu einer starken politischen Bewegung und wirkungsvoller Partizipation.

Jede Organisation hat damit zu kämpfen: Das eherne Gesetz der Oligarchie, beschrieben vom deutsch-italienischen Soziologen Roberto Michels, führt dazu, dass selbst große und dynamische Bewegungen beginnen, sich mehr mit sich und ihrer eigenen Struktur zu beschäftigen, als ihrem eigentlichen Gründungsziel. Die von Michels beschriebene Entwicklung zeigt, dass sich aus Effizienzgründen in jeder Bewegung eine bürokratische Organisation bildet, die wiederum dazu neigt, Eliten herauszubilden, was oft zu einer Oligarchisierung führt. Dieses Phänomen ist in vielen Bereichen beobachtet worden, von der Politik bis hin zu Wirtschaft.

Auf der Suche nach den wesentlichen Faktoren einer dynamischen Bewegung, quasi dem Jungbrunnen für eine Organisation, werden als Vorbild erfolgreiche und energetische Bewegungen herangezogen, wie etwa die Kampagnenorganisation zur Wahl von US-Präsidenten Barack Obama im Jahr 2008. Hier war es eine massive Kampagne, die von einer starken Bewegung getragen war, die zum Sieg verhalf.

In der europäischen Politik sind es meist NGOs und Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen, die mit ihren starken und druckvollen Kampagnen viele Menschen organisieren. Doch wie funktionieren Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen? Die öffentliche Wahrnehmung und die Politikwissenschaft konzentrieren sich zuerst auf die Themen, den politischen Diskurs und die Konfliktpunkte. Aber was ist der Zündstoff für eine politische Bewegung?

Die Barack Obama-Kampagne hat neben fortschrittlicher Kampagnenmethoden auch mit einem großangelegten

»Ground War«, also dem Einsatz von vielen tausenden Grassroots-Aktivistinnen und -Aktivisten beeindruckt. Dafür war die Methode des »Community Organizing« grundlegend und Obama selbst hat sich als Community Organizer bezeichnet. In seinen jungen Jahren war er in den armen Vierteln Chicagos als solcher tätig.

Organizing war ursprünglich eine Methode, mit der Gewerkschaften Basis-Gruppen in Betrieben aufgebaut haben. Sie bilden die Aktivistinnen und Aktivisten so aus, dass sie selbst organisieren und mobilisieren können. Schon im Chicago der 1930er-Jahre hat der Polit-Aktivist Saul Alinsky den Begriff »Organizing« geprägt. Er hat sich selbst als »Radikalen« bezeichnet, was sich aber vor allem auf seine grundsatzdemokratische Einstellung und seine Anti-Establishment-Haltung bezog. Sein Ziel war es, die Menschen zu »empowern«. Sie sollten die Fähigkeit erlangen ihre Probleme selbst zu erkennen und zu lösen. Denselben Ansatz finden wir in unserer eigenen Geschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung. Die arbeitenden Menschen haben sich organisiert, um gemeinsame Probleme zu lösen.

Die Methode des Community Organizing hat sich seit der Arbeit von Saul Alinsky weiterentwickelt und auch auf in den unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich ausgeprägt. Die Methode wird nicht nur von Parteien und Gewerkschaften verwendet, sondern auch von Kirchen und in der Sozialarbeit.

Im deutschsprachigen Raum bemüht sich das »Forum Community Organizing« (FOCO) um das Verständnis der US-amerikanischen Methode und kann bereits auf Erfolge im Aufbau von Bürgerinnen- und Bürgerorganisationen verwei-

sen. In Community Organizing-Seminaren wird gelehrt, wie die Methode funktioniert und wie der Transfer von us-amerikanischer Handlungsweisen nach Europa funktionieren kann. Hier werden die Grundsätze der Methode skizziert und die wesentlichen Erkenntnisse für die Sozialdemokratie erläutert.

### **ZIEL: AKTIVE MENSCHEN**

Für politische Arbeit muss man aktive Menschen finden und einbinden können. Dafür ist zunächst wichtig zu erkennen, warum sich Menschen einbeziehen lassen. Es sind zwei wesentliche Faktoren, nämlich »Eigeninteresse« und »Beziehungen«. Das »Eigeninteresse« ist dabei sehr individuell und kann von verschiedenen Motiven getragen sein. Interessanter ist der Faktor »Beziehung«. Persönliche Kontakte und Bekanntschaften sind wichtig, um Menschen in eine Bewegung einzubeziehen. Diese soziale Wirkung darf nicht vernachlässigt werden. Deshalb baut das Konzept des Community Organizing auf vielen Einzelbesuchen auf. Bei diesen Einzelgesprächen werden Beziehungen aufgebaut um die Eigeninteressen und Talente von Menschen aufzuspüren. Dies ist die Basis für das 3-Schritt-Modell des Community Organizing um eine Bürgerinnen- und Bürgerorganisation aufzubauen.

### **ZUHÖREN-ERFORSCHEN-AKTION**

Zuhören ist der erste Schritt im Community Organizing, wie bereits durch die Einzelbesuche beschrieben. In einem Schneeball-artigen System über Empfehlungen spricht die Organizerin oder der Organizer mit einer großen Anzahl von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Grätzel. Ziel ist es, aus dem Zuhör-Prozess ein Thema heraus zu kristallisieren, das auch viele Menschen im Grätzel mobilisieren kann.

In einem nächsten Schritt werden die Menschen, mit denen die Gespräche geführt wurden, zu einem Treffen eingeladen, um gemeinsam das Problem zu analysieren (zu erforschen) und nach einem Lösungsweg zu suchen. Dabei ist ein wichtiger Faktor, dass die Recherche rund um das Thema ein pädagogischer Moment der Ermächtigung ist. Es werden politische Strukturen und Machtverhältnisse verstanden. Ebenso werden Hebel gesucht, mit denen eine Veränderung erzielt werden kann.

Nachdem eine grundlegende Analyse erfolgt ist und eine Strategie besprochen wurde, geht es in die Aktion. Mit Hilfe von Gesprächen und Verhandlungen, aber auch Druckmitteln wie Protestaktionen, wird auf Entscheiderinnen und Entscheider gewirkt. Gerade in dieser Phase ist die klassische

Bürgerinnen- und Bürgerinitiative erkennbar. Jedoch: Ziel ist, über Verhandlungen eine Win-Win-Situation zu finden.

### **US-POLITIKVERSTÄNDNIS UND HEIMISCHE REALITÄT**

Das us-amerikanische Politikverständnis ist in dem Community Organizing-Modell stark verankert und spürbar. In den USA sind viele Vierteln oder Gegenden sich selbst überlassen und müssen um Aufmerksamkeit und Gelder kämpfen. Dies ist in Österreich zwar in Ansätzen auch oft so, aber bei weitem nicht so eklatant. Diese verschärfte Situation zusammen mit einerseits schwachen Parteien und andererseits vielen zivilgesellschaftlichen, aber auch religiösen Organisationen, führt zu einer methodischen Entwicklung, die sehr proaktiv und zielgerichtet ist.

Es zeigt sich außerdem ein großer Glaube in die Chancen von Verhandlungen. Bei heimischen Bürgerinnen- und Bürger-Initiativen stehen Protestaktionen im Vordergrund. Eine Win-Win-Situation wird zumeist nicht beabsichtigt, sondern es wird eher nach dem David-gegen-Goliath-Prinzip gehandelt in der Hoffnung, am Ende doch zu gewinnen. Bei der Community Organizing-Ausbildung wird viel Wert auf die Recherche von Machtstrukturen, die strategische Vorbereitung und das Lernen von Verhandlungsmethoden gelegt. In Rollenspielen werden die Verhandlungen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder Stadträtinnen und Stadträten geprobt und reflektiert. Gelernt wird gegenseitiges Verständnis, denn eine starke Bürgerinnen- und Bürgerorganisation will sich nicht nur für eine Sache einsetzen, sondern über einen langfristigen Zeitraum Veränderungen herbeiführen. Eine kooperative Herangehensweise wird also bevorzugt, damit sich nach der Verhandlung noch alle ins Gesicht schauen können.

### **ENTWICKLUNGSPOTENTIAL FÜR DIE SOZIALDEMOKRATISCHE ORGANISATION**

Es beginnt mit einem Gespräch. Das direkte Gespräch darf kein Zufall sein, sondern will geplant und geprobt sein. Ein Gespräch soll dazu dienen, eine Beziehung aufzubauen, sowie das Eigeninteresse und die Talente einer Person kennen zu lernen. Nach wie vor wird die Wahlkampfarbeit als das Schalten von Inseraten, das Plakatieren von Slogans und das Verteilen von Flugzetteln verstanden. Darauf wird noch immer das meiste Gewicht gelegt. Seit einigen Jahren ist hier ein Umdenken im Gange und mit der Besuchsaktion wird das direkte Gespräch mehr in den

Mittelpunkt gerückt. Wobei unterstrichen werden muss, dass ein Gespräch nicht zwingend zwischen Tür und Angel stattfinden muss. Vom Kaffeehaus über die Straßenecke bis hin zur Wohnzimmer-Couch: Der wesentliche Punkt ist das ehrliche Interesse an der anderen Person und der Versuch, das Eigeninteresse zu entdecken und eine Beziehung aufzubauen, die die Basis für politische Arbeit bilden kann. Die Besuchsaktion kann zu mehr werden, als eine reine Mobilisierung in Wahlkampfzeiten. Es kann zu einem Vehikel einer starken Grätzler-Kampagne werden. Die wahre Qualität der Besuchsaktion kann sich aus den Techniken des Community Organizing ergeben, nämlich dem Aufbau eines Beziehungsnetzwerkes. Konkret: Nicht nur mit jemanden reden, sondern den Fokus stärker auf das Kennenlernen und aktiv in die SPÖ einbinden.

Ein offenes Einbeziehen neuer Personen und Gruppen (mit Fokus: Offenheit und Diversität) kann die Abschottung einer Organisation und damit die Tendenz zur Oligarchisierung hemmen. Es geht um entscheidende Social Skills, die aber auf allen Ebenen der Politik notwendig sind. Der klassische Kreisky-Slogan »Ein Stück des Weges gemeinsam gehen« muss gelebte Realität werden und kann über das Community Organizing und qualitative Einzelgespräche wieder Teil der sozialdemokratischen Parteikultur werden.

Durch die Community Organizing-Einzelgespräche können sich Sektionen und Ortsgruppen starke Themen erarbeiten für die viele Menschen bereit sind, sich einzusetzen. Eben diese Themen brauchen wir in der Sozialdemokratie, um sie offensiv zu kommunizieren: ein begeisterndes Anliegen, unterstützt und angetrieben von vielen Menschen. Das steht für das partizipative Gehör einer Partei: Themen aufnehmen und in Kampagnen umsetzen, die dazu fähig sind, Menschen zu bewegen.

Community Organizing unterstützt eine lebendige Basis und in weiterer Folge eine lebendige Partei. Die Fokussierung auf das direkte Gespräch, auf konkrete Themen und Probleme sowie das Einbinden neuer Mitstreiterinnen und Mitstreiter kann eine Partei laufend mit frischen Ideen versorgen. Es kann dabei also ein möglicher (nicht der einzige!) Weg aus der Versteinigung einer Bewegung sein.

Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen sind erfolgreich, weil sie ein persönliches Anliegen thematisieren, für das sie brennen und durch viele persönliche Kontakte viele neue Beziehungen schaffen, um damit eine starke Bewegung zu schaffen.

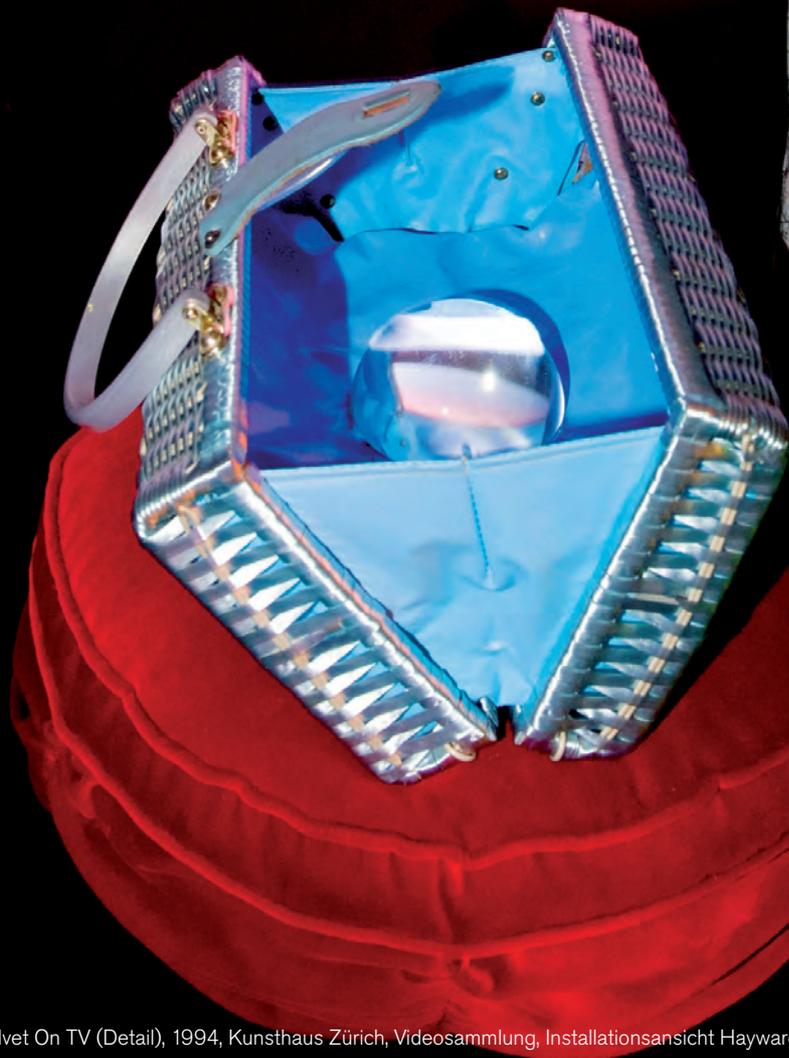
Diese Logik hat Community Organizing methodisch erfasst und kann damit auch von der Sozialdemokratie genutzt werden. Dabei darf Community Organizing weniger als abgeschlossene Methode begriffen werden, sondern vielmehr als eine Haltung, wie Politik betrieben wird, nämlich aktiv, interessiert und nah bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wer so eine Bürgerinnen- und Bürgerinitiative aufbauen kann, kann auch Präsident der Vereinigten Staaten werden, wie Barack Obama gezeigt hat. 

**BERNHARD HERZOG**

ist Mitarbeiter in der Organisations-Abteilung der SPÖ Wien, Leiter des SPÖ-Wiener Bildung-Lehrgangs »Moderne Sektionsarbeit« und Klubvorsitzender der SPÖ-Floridsdorf.

# PIPILOTTI RIST

KUNSTHALLE KREMS





Pipilotti Rist, Gnade Donau Gnade, [Mercy Danube, Mercy], 2013/2015, Installationsansicht, Kunsthalle Krems, 2015, Foto: Lisa Rastl

# PIPILOTTI RIST

KUNSTHALLE KREMS



# Schatten der Vergangenheit

**Nach der Wahlniederlage** gegen David Cameron bei den Parlamentswahlen Anfang Mai ist die Labour Party auf der Suche nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin für den zurückgetretenen Parteichef Ed Miliband. Das Nachfolgerennen macht erneut das Dilemma Labours mit dem Erbe von Blair und Brown sichtbar, das schon Miliband schwer zu schaffen machte.

**D**ie Wahlprognosen hatten auf keinen eindeutigen Sieger bei den Unterhauswahlen am 7. Mai hingedeutet (vgl. ZUKUNFT 04/2015), das Erringen einer knappen absoluten Mehrheit für Camerons Konservative kam dementsprechend überraschend, auch wenn es ein Sieg ohne Glanz blieb. Während die seit 2010 als Juniorpartner der Tories regierenden Liberaldemokraten aufgerieben wurden (sie verloren mehr als zwei Drittel ihrer Stimmen und 49 ihrer 57 Sitze), blieb der Stimmanteil der Konservativen (+0,8%) und der von Labour (+1,5%) eher konstant. Dass das für die Tories ein Plus von 24 Mandaten, für Labour mit einem Verlust von 26 Mandaten verbunden war, hängt eng mit dem britischen Mehrheitswahlrecht zusammen: Während die Konservativen sich zahlreiche liberaldemokratische Sitze sichern konnten, scheiterte Labour in vielen »target seats« Englands an einem zu geringen Zugewinn. Gleichzeitig verlor Labour in der einstigen Hochburg Schottlands 40 (!) ihrer Wahlkreise an die Scottish National Party (SNP), die 56 der 59 schottischen Unterhaussitze eroberte. Das »Desaster«, als das die Wahlnacht für Labour bezeichnet wurde, spielte sich also primär in Schottland ab, wirkte aber auch auf das englische Wahlergebnis. Denn die Konservativen setzten in England – offenbar nicht ohne Erfolg – stark auf die Panikmache vor einer schwachen Regierung Ed Milibands, die auf die Stimmen der schottischen Nationalisten angewiesen und von diesen »ferngesteuert« werde.

Auch deshalb lief es in England keineswegs nach Plan: Statt des für einen Machtwechsel benötigten Plus von ungefähr 5%, legte Labour nur 3,5% zu. Die rechtsgerichtete UK Independence Party (UKIP) konnte rund 11% zulegen und belegte in 120 der insgesamt 650 Wahlkreise Platz 2.

## WARUM LABOUR VERLOREN HAT

Der Erklärungsversuch der »nationalistischen Welle«, die Labour »überwältigt« habe, mit dem Miliband am Tag nach der Wahl vor die Medien trat,<sup>1</sup> ist also ein oberflächlich zutreffender Befund. Offen bleibt, woher diese Welle kam und warum sie Labour fortspülte. Schottisches Nationalgefühl ist kein ganz neues Phänomen, hinderte schottische WählerInnen aber auch bisher nie daran, Labour zu wählen. Auch der Umstand, dass Proteststimmen von ArbeiterInnen nach rechts und nicht zur Labour-Opposition wandern, ist keineswegs selbsterklärend.

Zweifellos spielte die mittelmäßige öffentliche Performance Milibands und die ihm weitgehend feindselig gegenüberstehende Medienberichterstattung eine Rolle – für beides steht symbolisch der EdStone: Im Wahlkampffinale präsentierte Miliband die wichtigsten Versprechen »in Stein gemeißelt« auf einer Steinplatte und machte sich zum Gespött der Print- und der sozialen Medien,<sup>2</sup> die den Stein »EdStone« taufte und ihn zu Milibands Grabstein erklärten.

Trotz allem würde es zu kurz greifen, die Wahlniederlage allein mit solchen handwerklichen Fehlern zu erklären. Schwerer als der EdStone wiegt zweifellos der politische Ballast, den Miliband und auch seine in den Startlöchern stehenden NachfolgerInnen mit sich tragen.

Ein langfristiger WählerInnenvergleich zeigt, dass Labour trotz der leichten Zugewinne 2015 bei FacharbeiterInnen bzw. an- und ungelernten ArbeiterInnen rund 8% weniger WählerInnenanteil hat als 2005, als Labour zuletzt eine Mandatsmehrheit erhielt. Gegenüber 2001 hat Labour bei diesen

Gruppen sogar 17% bzw. 14% eingebüßt und damit fast doppelt so viel als in der unteren Mittelklasse bzw. viermal so viel als in der oberen Mittelklasse.<sup>3</sup>

## DEBATTEN ÜBER MILIBANDS KURS

Die Gründe für Labours Niederlage reichen also weit zurück in die Regierungszeit von Tony Blair und Gordon Brown, in der Labour bereits herbe Verluste unter seinen KernwählerInnen hinnehmen musste. Sehr passend charakterisierte ein britischer Journalist diese Situation, die Miliband schon als Oppositionsführer zu schaffen machte, mit dem berühmten Zitat William Faulkners, dass die Vergangenheit niemals tot, ja nicht einmal vergangen sei.<sup>4</sup>

Denn obwohl Blairs »New Labour« schon seit 2001 mit seiner wirtschaftsfreundlichen Politik erheblich an Zustimmung verloren hatte und Miliband dem Verlust an Zustimmung und an Glaubwürdigkeit (Stichwort Irak-Krieg) mit Kurskorrekturen Rechnung zu tragen versuchte, war ihm ein wirklicher Bruch mit Blairs Erbe kaum möglich. Miliband war er ja selbst seit Mitte der 1990er-Jahre für Blairs Nummer 2, Schatzkanzler Gordon Brown, tätig gewesen und somit selbst Teil von »New Labour«: Bis zu Blairs nicht ganz freiwilligem Rücktritt 2007 hatte es zwischen Blair und Brown und ihren Gefolgsleuten im Kabinett und in der Fraktion kaum nennenswerte politische Diskrepanzen gegeben. Das änderte sich jedoch, als Brown indirekt Druck auszuüben begann, Blair zum Rückzug zu bewegen und 2007 schließlich selbst Premierminister wurde. Blairs AnhängerInnen verziehen das dem Brown-Lager nie. Sie begannen, eine kuriose Trennlinie zu ziehen zwischen der »seriösen« und verantwortungsvollen Wirtschafts- und Finanzpolitik unter Premierminister Blair (für die ja eigentlich Schatzkanzler Brown verantwortlich zeichnete) und der fehlerhaften Budgetpolitik unter Premierminister Brown, die viel Vertrauen gekostet habe, weil er im Wahlkampf 2010 keine radikalen Budgetkürzungen habe ankündigen wollen (!).<sup>5</sup>

Die innerparteiliche Kluft verstärkte sich noch, als der Brownite Ed Miliband bei der Wahl zum Parteichef seinen Bruder, den Blairite David Miliband, mit Unterstützung der Gewerkschaften besiegte und sich medial und innerparteilich dem Vorwurf ausgesetzt sah, der »Pudel« der Gewerkschaften zu sein. Während Miliband einerseits versuchte, sanfte Kurskorrekturen nach links vorzunehmen und soziale Fragen stärker in den Mittelpunkt zu rücken, befand er sich gleichzeitig unter Druck, sich von den Gewerkschaften zu distanzieren. In

der Budgetpolitik stellte Labour dem konservativen Narrativ der durch zu hohe staatliche Ausgaben notwendig gewordenen brutalen Kürzungen nichts Substanzielles entgegen.

Dass dieses Lavieren nicht der Persönlichkeitsschwäche eines Zauderers, sondern den schwierigen Rahmenbedingungen geschuldet war und ist, spielte für die Medien und verständlicherweise auch für die WählerInnen keine Rolle. In Schottland konnte Miliband so den seit zehn Jahren andauernden Vormarsch der SNP auf Kosten der durch rund 13 Regierungsjahre unter Blair und Brown als soziale Kraft diskreditierten Labour Party nicht stoppen und in England auch keine Begeisterungstürme auslösen.

## NACHFOLGEKAMPF

Dass dem Misserfolg Milibands nicht primär persönliches Unvermögen, sondern ein strukturelles Problem zugrunde liegt, hält die Labour Party nicht davon ab, die Nachfolgent Entscheidung politisch anhand des gleichen Musters wie 2010 abzuhandeln. Die als gemäßigt links etikettierten Brownites Andy Burnham und Yvette Cooper stehen der radikal-blairistisch argumentierenden Liz Kendall gegenüber. Während sich Cooper und Burnham überschlagen, präventiv ihre Wirtschaftsfreundlichkeit<sup>6</sup>, die Distanz zu den Gewerkschaften und die Bereitschaft zu Sozialkürzungen unter Beweis zu stellen,<sup>7</sup> hat Liz Kendall die »white working class« für sich entdeckt. Diese will sie mit »aspiration weeks« in den Schulen begeistern und der Versuchung, UKIP zu wählen, entreißen. Kendall schweben Programme vor, bei denen »Mädchen und Burschen, besonders aus weißen ArbeiterInnenfamilien, die Chancen vermittelt werden, die das Leben bietet, von denen sie vielleicht nicht einmal wissen – wie z.B. Ingenieur zu werden, Chemiker oder sogar Parteichef der Labour Party.«<sup>8</sup> Solche Aussagen rufen nicht nur die Kritik von KommentatorInnen als »föhlgeleitet oder zynisch« hervor, Kendall sieht sich auch in den sozialen Medien immer wieder heftiger Kritik ausgesetzt. Die Buchmacher sehen sie dennoch als zweit-aussichtsreichste Kandidatin nach Andy Burnham.

Knapp auf den Stimmzettel geschafft hat es auch Jeremy Corbyn. Der dem kleinen linken Flügel angehörende Abgeordnete will die notwendige Abkehr von der Austeritätspolitik thematisieren, tatsächliche Chancen auf einen Sieg rechnet sich Corbyn aber nicht aus.

## WAHLSYSTEM

Die Wahl des neuen Parteichefs erfolgt nach einem neuen,

von Ed Miliband eingeführten, System, mit dem er seine Unabhängigkeit von den Gewerkschaften unter Beweis stellen wollte. Bisher fielen bei der Wahl des Parteichefs je ein Drittel der Stimmen der Parlamentsfraktion, den Parteimitgliedern und den Gewerkschaften zu, wobei auch in den Gewerkschaften Urabstimmungen zu erfolgen hatte. Im neuen System sind nur die Parteimitglieder stimmberechtigt. Gewerkschaftsmitglieder müssen persönlich ihren Willen bekunden, der Labour Party beizutreten, um sich an der Abstimmung beteiligen zu können. Es ist damit zu rechnen, dass der Einfluss der Gewerkschaften auf die Entscheidung weiter zurückgehen wird. Die Abstimmung beginnt Mitte August und wird einen Monat dauern, bevor am Parteitag Mitte September das Ergebnis veröffentlicht wird.

### PERSPEKTIVE

Der künftige Parteichef oder die künftige Parteichefin werden mit dem gleichen Dilemma konfrontiert sein, das letztlich auch Ed Miliband den Wahlsieg gekostet hat. Labour hat mit der Vermarktlichung und Teilprivatisierung des Gesundheitswesens und des Schulbaus, mit der Deregulierung der Finanzmärkte und dem weitgehenden Beibehalten des Thatcherschen Erbes in den Arbeitsbeziehungen in den 13 Jahren ihrer Regierung viel Vertrauen in seinen KernwählerInnen-schichten verspielt. Die Bereitschaft und die Fähigkeit, Fehler der Vergangenheit einzugestehen und neues Vertrauen durch einen Neuanfang aufzubauen, wird auch für die neue Führungsriege nicht wesentlich leichter sein als für Ed Miliband. So wie die SPD den Mühlstein »Hartz IV« nicht so leicht los wird, hat auch die Labour Party mit dem politischen Erbe von Blair und Brown zu kämpfen.

Labour und Konservative trennen nach dieser Wahl kaum fünf Prozentpunkte. Dennoch könnte es sein, dass Labour sich auf eine lange Opposition einstellen muss. 

**LUDWIG DVOŘÁK**

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <http://www.bbc.com/news/health-32633388>
2. <http://www.sunnation.co.uk/ed-miliband-has-unveiled-a-policy-tombstone-and-twitter-cant-believe-its-luck/>
3. <https://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/poll.aspx?oltemId=101&view=wide> bzw.
4. <https://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/3575/How-Britain-voted-in-2015.aspx?view=wide>
5. <http://www.theguardian.com/global/commentisfree/2015/jun/05/moving-on-mantra-labour-past><http://www.theguardian.com/politics/2015/may/19/labour-business-yvette-cooper-deficit-mansion-tax>

6. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/labour-must-distance-itself-from-people-who-want-something-for-nothing-says-andy-burnham-10285509.html>
7. <http://www.theguardian.com/politics/2015/may/29/liz-kendall-will-back-white-working-class-young>
8. <http://www.theguardian.com/politics/2014/sep/01/gordon-brown-labour-lost-credibility-economy>

# PIPILOTTI RIST KUNSTHALLE KREMS





Pipilotti Rist, Gnade Donau Gnade [Mercy Danube Mercy], 2013/2015, Installationsansicht Kunsthalle Krems, 2015, Foto: Lisa Rastl

PIPILOTTI  
RIST KUNSTHALLE KREMS



# Neutralität systematisch verletzt

**Bislang nur gerätselt** werden kann über das Ausmaß der geheimen Zusammenarbeit zwischen der National Security Agency (NSA) und den Nachrichtendiensten des österreichischen Bundesheeres. Die Kooperation begann kurz nach Abschluss des Staatsvertrags (1955) und wird bis heute fortgeführt. Dabei rückt, wie Thomas Riegler zeigt, vor allem Österreichs »geheimster Dienst«, das Heeresnachrichtenamt, ins Blickfeld.

**D**ass die US-amerikanische NSA Ziele in Österreich ausspäht, ist spätestens seit den Enthüllungen durch den »Whistleblower« Edward Snowden von 2013 bekannt. Neben in Wien ansässigen internationalen Organisationen wie der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) sollen der Webknoten Vienna Internet eXchange (VIX) sowie Kunden des Internetproviders UPC ins Visier genommen worden sein. Dass die österreichische Hauptstadt für die NSA »sehr wichtig« ist, betonte nicht umsonst Thomas Drake. Dieser hatte bereits vor Snowden Datenschutzverstöße durch die NSA angeklagt. Laut Drake sind die vielen in Wien ansässigen internationalen Organisationen »ein kaum zu unterschätzender Informationspool«: »Ich kann gar nicht genug betonen, wie extrem verlockend es für Geheimdienste ist, alles aufzusaugen. Hier werden keine Kosten und Mühen gescheut, das gilt freilich auch für Österreich«, so der ehemalige NSA-Softwareentwickler. Bislang sind insgesamt vier Horchposten in Wien bekanntgeworden, die offenbar als Knoten eines Mobilfunküberwachungsnetzes dienen: Neben einer »NSA-Villa« in Pötzleinsdorf handelt es sich um »Dachausbauten« auf den Botschaften der USA und Großbritanniens sowie auf dem IZD-Tower neben dem Vienna International Center.

## LAUSCHANGRIFF AUF ÖSTERREICH

2013 soll der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) über seine Abhörstation im bayerischen Bad Aibling im US-Auftrag unter anderem »gov«, »diplo« und »bundesamt« abgefragt haben – wobei sich letzterer Suchbegriff gegen Österreich richtete und höchstwahrscheinlich das Bundesamt für Verfas-

sungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) bezeichnet. Mehr als zehn Anfragen der NSA bezogen sich darauf. Grund war angeblich, dass innerhalb ausländischer Dienste Misstrauen gegenüber den österreichischen Sicherheitsbehörden vorherrscht – zu oft seien sensible Informationen nach deren Weitergabe an Wiener Stellen »durchgesickert«. Erst kürzlich wurde bekannt, dass der BND im US-Auftrag zwischen 2005–2008 eine Glasfaserleitung zwischen Luxemburg und Wien angezapft haben soll, die Botschaften, Banken oder internationale Organisationen für die Kommunikation benutzen.

Die Lauschangriffe bedeuteten eine neue Qualität. Bislang war nur gesichert, dass die NSA zwar in Österreich spionierte, aber heimische Stellen außen vorließ. Auf diese Differenz kommt es an – denn laut einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom 20. April 1956 wird Spionagetätigkeit erst dann geahndet, wenn diese sich unmittelbar gegen Österreich richtet (höchstens drei Jahren Haft). Innenministerin Mikl-Leitner reagierte jedenfalls ungewöhnlich direkt: »Diese Vorwürfe stehen im Raum, und wenn derartige Vorwürfe im Raum stehen, dann gehören sie auch aufgeklärt. Dazu haben wir jetzt auch alle notwendigen Maßnahmen gesetzt. Zum einen ist unser Verfassungsschutz mit den deutschen Sicherheitsbehörden in Kontakt. Zum zweiten haben wir eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft Wien eingebracht.« Letztere ermittelt bereits seit Juli 2013 – nachdem das BVT wegen Spionageverdacht Anzeige gegen unbekannt erstattet hatte.

## THIRD-PARTY-SIGNIT-PARTNER

In den offiziellen Stellungnahmen wird jedoch ausgeklammert, dass Österreich seit dem Kalten Krieg mit den US-

Diensten zusammenarbeitet. So wird das Land in den von Snowden geleakten Geheimdokumenten als Third-Party-Signals Intelligence (SIGNIT)-Partner bezeichnet, die der NSA bei ihrer Fernmelde- und elektronischen Aufklärung assistieren. Der US-Enthüllungsjournalist Glenn Greenwald, der die Snowden-Unterlagen für den »Guardian« aufbereitete, hielt dazu fest: »Allgemein lässt sich sagen, dass die NSA mit Österreich genau wie mit anderen Ländern in diesen Kategorien zusammenarbeitet: für spezifische Ziele und diskret. Man sammelt vielleicht gemeinsam Daten aus Afghanistan oder nimmt bestimmte Organisationen ins Visier. [...] Ich kann keine Details zu Dokumenten verraten, die noch nicht veröffentlicht wurden, aber: Es gibt eine Partnerschaft zwischen der NSA und Österreich, und zwar nicht nur gelegentlich, sondern ständig.«

## GEHEIMER VERBÜNDETER IM KALTEN KRIEG

Tatsächlich reicht diese Kooperation lange zurück und ist im Wesentlichen dem Kalten Krieg geschuldet. Wie Herbert Lackner in »profil« herausstrich, tauschen die Geheimdienste Österreichs und der USA seit fast 50 Jahren Informationen aus – »dass damit flagrant gegen die Bundesverfassung konkret gegen das Neutralitätsgesetz verstoßen wurde, kümmerte nie einen der Beteiligten. Jahrzehntlang horchte das Bundesheer etwa den Telefon- und Funkverkehr im Ostblock und auf dem Balkan ab.« 1958 wurde auf der Königswarte bei Hainburg in unmittelbarer Nähe des Eisernen Vorhangs eine Abhörstation eingerichtet. Die technischen Einrichtungen wurden von der US-Armee auf den Heeresflughafen Hörsching bei Linz eingeflogen und dann ins östliche Niederösterreich weitertransportiert. Man sorgte auch für die technische Ausbildung des Personals. Denn betrieben wurde die Station von der Gruppe für das Nachrichtenwesen, dem 1955 gegründeten Nachrichtendienst des Bundesheers. Dieser wurde 1972 in Heeresnachrichtenamt (HNA) umbenannt – 1985 wurde das Abwehramt (AbWA) als eigener Dienst abgespalten und ist seitdem für den Eigenschutz des Bundesheeres zuständig.

Neben der Königswarte wurden weitere, kleinere Stationen in Neulengbach und Großharras (Niederösterreich), Gols (Burgenland), Pirka bei Graz und Stockham bei Wels eingerichtet. Diese waren Teile einer Peilkette, die sich von Norwegen über Deutschland bis nach Italien zog. Während letztere Staaten NATO-Mitglieder waren, galt Österreich zumindest auf dem Papier als »neutral«. Die Anlagen wurden anfangs auf Kosten der USA erneuert und waren laut »profil« so leistungstark, dass Tischgespräche in den wenige Kilometer

von Hainburg entfernten Bratislava belauscht werden konnten. Allerdings konnte das HNA mit den abgefangenen Daten selbst nicht viel anfangen. Die Aufzeichnungen wurden zur Auswertung in eine US-Station nahe Frankfurt am Main transportiert, mitunter sogar mit Linienmaschinen der Austrian Airlines. Innerhalb der letzten Jahre soll die Königswarte mit Ausgaben von bis zu 150 Millionen Euro für neue Aufgaben ausgerüstet worden sein. Zum Einsatz kommt die Station nun für die Überwachung von Kommunikationssatelliten. Zur Luftraumüberwachung dienen bis heute Radaranlagen auf dem Kolomannsberg (Salzburg), dem Steinmandl (Niederösterreich) und der Koralpe (Kärnten) unter der Sammelbezeichnung »Goldhaube«.

## NEUTRALITÄT »SYSTEMATISCH VERLETZT«

Wie aus Unterlagen der DDR-Staatssicherheit hervorgeht, war der Ostblock über diese Vorgänge gut im Bilde. Laut einem Dokument von 1984, das der Kärntner Historikerbericht »Titos langer Schatten« (2015) zitiert, wurde den NATO-Nachrichtendiensten die Möglichkeit eingeräumt, auf österreichischem Boden »Maßnahmen ihrer Organe zu realisieren«. Gleichzeitig führten die heimischen Dienste für ihre Partner zahlreiche Aufklärungs-, Abwehr- und Polizeimaßnahmen durch. Die Kontakte zu den jeweiligen Diensten lag in den Händen eines Verbindungsoffiziers, der »direkt in der entsprechenden diplomatischen Vertretung des jeweiligen [...] Landes in Wien« saß. Das HNA habe einerseits in Abstimmung mit der US-amerikanischen Defense Intelligence Agency (DIA) die gesamte Staatsgrenze zur Tschechoslowakei kontrolliert. Andererseits bearbeitete das HNA alle akkreditierten Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen der sozialistischen Staaten, insbesondere jene der UdSSR, der CSSR, Ungarns, der DDR und Jugoslawiens. Das Fazit der DDR-Staatssicherheit: »Offiziell – nach den Prinzipien der österreichischen Neutralität – ist es verboten, gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu arbeiten. Doch diese offizielle Festlegung wird in der praktischen Tätigkeit nicht eingehalten, sondern systematisch verletzt.«

## »KOSTENINTENSIV UND WEITGEHEND VERALTET«

In der Stiftung Bruno Kreisky Archiv befindet sich eine »streng vertrauliche« Information der SPÖ-Fraktion an Bundeskanzler Bruno Kreisky zu »Veränderungen« im HNA. Darin wird über die scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen rund um die Besetzung von HNA-Spitzenposten Mitte der 1970er-Jahre Auskunft gegeben. Aus Sicht der SPÖ war der Dienst nämlich »nahezu reinrassig mit ÖVP-nahestehenden Personen besetzt«. Darüber hinaus wird der status

quo bewertet. So heißt es unter Punkt 2: »Die Bedeutung des Heeresnachrichtenamtes liegt einerseits in der offenen Nachrichtenbeschaffung und Auswertung, andererseits in den Aufklärungsergebnissen des Fernmelde- Aufklärungsbataillons, welches immer wieder von der kommunistischen Presse angegriffen wird und in welches seitens der Kommunisten versucht wird, Personal im Wege von Wehrpflichten einzuschleusen. Die geheime Nachrichtenbeschaffung ist nicht zuletzt aus finanziellen Gründen eher von untergeordneter Bedeutung.« Laut Punkt 4 ist das HNA »trotz aller Schwächen insbesondere durch die Mittel der Fernmeldeaufklärung in der Lage oft wesentliche Beiträge zur Erstattung eines Lagebildes zu geben, wobei es in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit und dem Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten periodische Lagedarstellungen liefert.« Das Dokument hält weiter fest, dass das technische Gerät für die Fernmeldeaufklärung »sehr kostenintensiv und weitgehend veraltet« sei: »Im vergangenen Jahr wurde eine Erneuerung und Verbesserung (Automatisierung) der Fernmeldeaufklärung durch eine erhebliche Beschaffung (Generalunternehmer Fa. Kapsch) in die Wege geleitet.«

### AUFBAU MIT ALTLASTEN

Nach 1945 diente sich der damals 71-jährige Maximilian Ronge, der letzte Chef des Geheimdiensts der k.u.k.-Monarchie, den amerikanischen Besatzungsbehörden als Berater beim Aufbau neuer Strukturen an. Er verstarb 1953, kurz bevor die Gruppe für das Nachrichtenwesen aus der Taufe gehoben wurde. Erster Leiter des HNA-Vorläufers wurde ab 1955 der Ex-Nazi-Spion Kurt Benno Fechner, der zwischen 1938 und 1940 südosteuropäische Länder aufgeklärt hatte – bevor diese im Zuge des deutschen Angriffskriegs überrollt und besetzt wurden. Einer von Fechners wichtigsten Mitarbeitern, der Chef der Informationsabteilung Robert Wrabel, war in der Zwischenkriegszeit bei der Heimwehr und nach 1938 bei der Spionageabteilung des Wehrkreises XVII tätig. Alles andere als ein lupenreiner Demokrat war auch Fechners Nachfolger, Alexander Kragora: Dieser stellte seine Wehrmachtsuniform samt Auszeichnungen in einer Vitrine seiner Perchtoldsdorfer Villa stolz zur Schau – während über dem Schreibtisch ein Ölbild von Kaiser Karl I. prangte.

### ZAHLEICHE SKANDALE

Das HNA wurde im Verlauf seiner Geschichte immer wieder von Skandalen erschüttert. So recherchierten Angehörige des Diensts bereits 1972 die Kriegsvergangenheit des damals gerade bestellten UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim. HNA-

Chef Kragora behielt das Dossier jedoch unter Verschluss. In den 1970er-Jahren flogen dann zahlreiche Spionageoperationen in Jugoslawien auf, vor allem weil diese dilettantisch durchgeführt worden waren. So wurden 1978 zwei HNA-Männer in der Nähe eines Rollfelds bei Varazdin beim Fotografieren ertappt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die politische Schlagseite des Diensts wiederum wurde deutlich, als der HNA-Offizier Thomas Mais den Herausgeber der rechten »Politischen Briefe«, Hans Pretterebner, mit Informationen »anfütterte«. Einen Höhepunkt fand das Intrigenspiel, als der damalige Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) dahinter kam, dass ihm ein HNA-Mann nachspürte. Als Konsequenz zerschlug der Minister, wie bereits erwähnt, den Dienst 1985 in zwei Teile: In das weiter für die Auslands-Aufklärung zuständige HNA und das nach Innen gerichtete Abwehramt. Aufsehen erregten die Bundesheer-Nachrichtendienste noch in den 1980er-Jahren mit geheimen Ermittlungen gegen die »Volksstimme« und die Monatszeitschrift »Wiener Tagebuch«. Über die »rotgrünen« Aktivisten Ortwin Weiss, Paul Blau und Gerhard Prager wurden ebenso Dossiers angelegt wie zum Beispiel über den Zukunftsforscher Robert Jungk. Erst 2006 wurden Abwehramt-Agenten erwischt, als sie bei Veranstaltungen von Gegnern des Eurofighter-Ankaufs Autokennzeichen fotografierten.

### GEHEIME VERTRÄGE

Die Kooperation zwischen österreichischen und amerikanischen Diensten wurde in streng geheimen Verträgen festgelegt, deren genauer Inhalt bis heute Anlass für Spekulationen bietet. Laut Hans Wolker (Schatten über Österreich, 1993) wurde 1984 ein Vertrag über die »Allgemeine Sicherheit militärischer Informationen – General Security of Military Information Agreement« (GSOMIA) abgeschlossen. Dieses Abkommen regelt den Schutz »aller zwischen den Regierungen (USA/Österreich) ausgetauschten geheimen militärischen Informationen«. Eine der Bestimmungen hält fest: »Die österreichische Regierung wird den Sicherheitsexperten der amerikanischen Regierung regelmäßige Besuche in ihrem Hoheitsgebiet gestatten« und diese zudem »unterstützen«.

Die Zusammenarbeit zwischen HNA und westlichen Diensten ist abgesehen vom Neutralitätsgesetz noch aus einem anderen Grund problematisch. Laut §319 des Strafgesetzbuchs ist die Unterstützung eines fremden militärischen Nachrichtendienstes strafbar: »Wer im Inland für eine fremde Macht oder eine über- oder zwischenstaatliche Einrichtung einen militä-

rischen Nachrichtendienst einrichtet oder betreibt oder einen solchen Nachrichtendienst wie immer unterstützt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.« Die kritische Frage, ob die Kooperation zwischen österreichischen und ausländischen Diensten gegen diese Bestimmung verstößt, klärte ein Gutachten des Justizministeriums von 1993: »Ein bloß gelegentlicher Austausch von Nachrichten erfüllt die Qualifikation eines Nachrichtendienstes nicht.« Rechtlich gehe alles in Ordnung, »jedenfalls soweit der Informationsaustausch der Beschaffung von Nachrichten dient.« Bis heute will Verteidigungsminister Gerald Klug nicht einmal die Existenz eines Vertrages zwischen hNaA und NSA zugeben. 2013 räumte er aber ein, dass man »fallweise« zusammenarbeite. Mehr gebe es jedoch aus Gründen der »nationalen Sicherheit« nicht zu sagen.

## WAS DÜRFEN DIE DIENSTE?

Erst im Jahr 2000(!) wurde die Tätigkeit der Bundesheerdienste mit dem Beschluss des Militärbefugnisgesetzes auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Die darin eingeräumten Befugnisse sind weitreichend: Die Agenten dürfen Lausch- und Videoangriffe durchführen und auch verdeckt ermitteln. Organe des Bundes, der Länder, der Gemeinde und der Kammern müssen Auskünfte über Bürger erteilen. Von Providern können Name, Anschrift und Teilnehmernummer eines bestimmten Anschlusses erfragt werden. Das Ansinnen erweiterte Zugriffsbefugnisse auf Kommunikationsdaten zu erlangen, wurde 2013 noch einmal zurückgezogen.

Während des Balkankrieges Anfang der 1990er Jahre mischte das hNaA auch international in der ersten Reihe mit. Es habe bei der Lage-Beurteilung eine »Schlüsselrolle« gespielt, berichtete »profil« 1992: »Österreichs Geheimdienste haben – nicht zuletzt wegen der geographischen Nähe und des dadurch erwachsenden Sicherheitsinteresses – über das ehemalige Jugoslawien die besten Informationen.« Heute zählt das hNaA laut unterschiedlichen Angaben zwischen 500 und 750 Mitarbeiter (zum Vergleich: Die NSA beschäftigt 40.000, der BND 7.000 Mitarbeiter). Ausländische Dienste haben dennoch Interesse an »Expertise« aus Österreich. Laut »Presse« ist der Westbalkan eine Region, in der hNaA-Leute vor Ort aufklären und über Know-how verfügen: »Das Gleiche gilt für Zentralafrika. Dort bringt sich das Amt mit Übersetzern ein, die abgefangene Gespräche zwischen Warlords mit den ausgefallensten Dialekten entschlüsseln.« Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen sich durch die vermehrte Diskussion rund um Überwachung und Datenschutz für das hNaA in Zukunft ergeben. 

## LITERATUR

**Florian Horcicka**, Lauschangriff auf falsche Freunde, in: Format Nr. 19/2015, 12 f. | **Fabian Schmid**, Enthüllungsjournalist Greenwald: »Österreich ist ständiger und diskreter Partner der NSA«, in: derstandard.at, 26. 5. 2014. | **Andreas Wetz**, Benedikt Kommenda, NSA: Die Wiener Geheimdienstdeals, in: Die Presse, 4. 5. 2015. | **Herbert Lackner**, Der geheimste Dienst, in: profil, Nr. 29/2013, 14-19. | **Thomas Drake**: Natürlich ist Wien wichtig für die NSA, in: profil, Nr. 36/2013, 70 f. | **Fabian Schmid, Markus Sulzbacher**, Wie Bundesheer und NSA kooperieren, in: derstandard.at, 17. 10. 2014. | **Hans Wolker**, Schatten über Österreich. Das Bundesheer und seine geheimen Dienste, Wien 1993. | **Alfred Estle, Wilhelm Wadi**, Titos langer Schatten. Bomben- und Geheimdienstterror im Kärnten der 1970er Jahre, Klagenfurt 2015. | Im Westen was Neues, in: profil, Nr. 37/1994, 25. | Staatsanwaltschaft Wien ermittelt doch wegen NSA-Spionage, in: derstandard.at, 5. 5. 2015. | »Ich fühle mich unwohl«, in: profil, Nr. 20/2015, 26-29.

**THOMAS RIEGLER**

ist Historiker und Mitglied der ZUKUNFT-Redaktion.



Pipilotti Rist, Lap Lamp, 2006, Installationsansicht Hayward Gallery, London, 2011, Courtesy die Künstlerin, Hauser & Wirth und Luhring Augustine, Foto: Linda Ny Lind

PIPILOTTI  
RIST KUNSTHALLE KREMS



# Von der konkreten Utopie zur Höllenfahrtpolka

**Günther Sandner über** Erich Fröschls »Überlegungen zum politischen und wissenschaftlichen Diskurs aus vier Jahrzehnten«.

**H**inter dem auf den ersten Blick vielleicht etwas verwirrenden Titel »Von der konkreten Utopie zur Höllenfahrtpolka« verbergen sich, wie der Untertitel präzisiert, »Überlegungen zum politischen und wissenschaftlichen Diskurs aus vier Jahrzehnten« von Erich Fröschl. Es handelt sich also um nichts Geringeres als um das publizistische Lebenswerk – oder doch einen guten Teil davon – eines führenden sozialdemokratischen Intellektuellen. Die beiden Begriffe des Buchtitels überschreiben gleichzeitig auch jene Rede, die Fröschl anlässlich der Verleihung des Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst an ihn gehalten hat. Bei dieser Veranstaltung im Jahr 2009 forderte er, eine »konkrete Utopie eines praktikablen und mehrheitsfähigen Alternativentwurfs zu konservativen Gesellschaftsvorstellungen zu entwickeln und auch offensiv dafür im täglichen Kampf der Meinungen einzutreten«. Am Ende dieser Rede stand als Lebensresümee – und als logische Konsequenz für einen durch und durch weltlichen Denker – nicht der Himmel, sondern die optimistisch gestimmte Höllenfahrtpolka der von Fröschl geschätzten MusikerInnen von Bichler Brass. Ein echter Fröschl – nämlich einer des Malers Erich Fröschl – sind übrigens auch die Eulen, die das Buchcover zieren.

## BEEINDRUCKENDER ÜBERBLICK

Der promovierte Politikwissenschaftler Erich Fröschl war während seines Studiums an der Universität Salzburg in den späten 1960er- und in den 1970er-Jahren in der Hochschulpolitik aktiv, engagierte sich im vsstÖ und in der Jungen Generation und schrieb daneben als Journalist für sozialistische Zeitungen, für das Demokratische Volksblatt, das nachfolgende Salzburger Tagblatt und bisweilen auch für die AZ. Von 1980 bis 1999 leitete er das Renner-Institut als Direktor, dem er anschließend noch bis 2009 als Leiter der Akademie für Internationale Politik diente.

Nach einem Vorwort von Ferdinand Lacina folgen Fröschls insgesamt 57 Texte recht unterschiedlicher Länge, die in zwei große Kapitel untergliedert sind: Auf die durchwegs journalistischen Beiträge der Jahre 1968–1976 folgen Artikel und Aufsätze für Zeitungen, Zeitschriften und Bücher im Zeitraum 1972–2014. Daten zu Lebenslauf, Publikationen und Lehrtätigkeit runden das Werk schließlich ab. Eine Fotostrecke, die freilich nicht Fröschl alleine, sondern vor allem auch das Veranstaltungsprogramm des Renner-Instituts porträtiert – mit Aufnahmen von zahlreichen großen politischen Intellektuellen, die auf dessen Veranstaltungen aufgetreten sind – unterstützt die Anschaulichkeit des Buches.

Die Monographie bietet somit einen beeindruckenden Überblick zu einem sich über mehrere Jahrzehnte erstreckenden vielschichtigen publizistischen Werk. Schon bei den Zeitungsartikeln öffnet sich ein innen- wie außenpolitisches zeitgeschichtliches Panorama, zur Sprache kommen etwa die letztlich gescheiterten Bemühungen um ein Bundesheer-Volksbegehren in den frühen 1970er-Jahren, aber auch der Vietnamkrieg, die Militärdiktatur in Griechenland oder die Ermordung von Martin Luther King. Viele dieser Artikel lassen sich auch als Ausdruck jener »heißen Viertelstunde« lesen, wie die Phase der 68er-Bewegung in Österreich einmal etwas polemisch bezeichnet wurde.

Man gewinnt beim Lesen dieser Texte auch einen guten Einblick in das damalige österreichische intellektuelle Klima, liest etwa über die Humanismusgespräche des ORF in Salzburg mit Herbert Marcuse oder die Jugendsendung »Ohne Maulkorb«, die sich mit der Problematik der »Fremdarbeiter« auseinandersetzte. Fröschls Ton als sozialistischer Journalist ist dabei meist zurückhaltend, selten polemisch, wie etwa beim Opernball 1973 mit einer Bemerkung zur Teilnahme der SPÖ-

Regierungsmitglieder: »Auch die sozialdemokratische Regierung war gut vertreten. Es heißt, sie müsse repräsentieren. Muss sie wirklich? Und wen muss sie repräsentieren?«. Eine Frage, die heute nur noch selten – oder eigentlich gar nicht mehr? – zu hören ist.

Im zweiten Teil des Buches ist, neben dem in den späten 1970er-Jahren dominant werdenden Neoliberalismus, ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre der Rechtspopulismus ein immer wiederkehrendes Thema. Fröschl betont dabei einerseits die führende Rolle Österreichs, andererseits reflektiert er über die spezifische Problematik, die durch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien gerade für die Sozialdemokratie entsteht. Denn gerade die Partei der historischen Arbeiterbewegung verliert beträchtliche Teile ihrer Wählerschaft – vor allem auch jene, die in der Fachliteratur dann oft als »Modernisierungsverlierer« bezeichnet werden – an diese populistischen Parteien des rechten Randes. Manche der Beiträge bewegen sich nun eindeutig weniger im politisch-kommentierenden, sondern im sozial- und politikwissenschaftlichen Bereich. Wie schon bei seiner Dissertation aus 1976 behandelt er etwa die österreichische Forschungspolitik in einem Aufsatz für die Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP). Als außenpolitisches Thema tauchen hingegen mehrfach die Transformationsprozesse in Osteuropa nach dem Ende des Kalten Krieges bzw. des Realsozialismus auf Fröschls Agenda auf.

Ein zentrales Thema des Buches ist die Forderung nach einer Rückgewinnung des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie, die Ablehnung einer Deregulierungs- und Privatisierungspolitik, wie sie spätestens seit den 1980er Jahren auch Österreich erfasst hat, eines ideologischen und politischen mainstream des Neoliberalismus und Neokonservatismus, dem seiner Ansicht nach auch die Sozialdemokratie viel zu sehr nachgegeben hat. In diesem Zusammenhang passen auch seine schonungslosen Analysen der Jahre von Schwarz-Blau.

Erich Fröschl schrieb, das wird immer wieder deutlich, keineswegs als revolutionärer Theoretiker oder radikaler Publizist. Aber er übte immer wieder konstruktive Kritik an der Partei. Die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung und Partei begleitete er als Beteiligter und Mitgestalter, mit Sympathie und Loyalität, auch wenn die »Unbeweglichkeit des Tankers« (Peter Glotz) ihn immer wieder mit Sorge erfüllte. Bemerkenswert ist dabei seine Beständigkeit auf inhaltlicher Ebene: das Eintreten für eine egalitäre Gesellschaft, für

Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, für den freien Zugang zu Bildung, ziehen sich wie der viel zitierte (und hier auch begrifflich passende) rote Faden durch die Beiträge.

Freilich: Vier Jahrzehnte sind eine lange Zeit. Natürlich ändert sich im Laufe der Jahre der Tonfall und auch manche Begriffe verschwinden. Von einem »Spätkapitalismus«, wie er in frühen Texten auftaucht, ist heute nicht mehr die Rede, weil das dem Begriff inhärente Versprechen kaum mehr plausibel zu machen ist. Dennoch zeichnet die Beiträge eine Beständigkeit der politischen Grundhaltungen aus, aber auch eine gewisse Flexibilität des Reagierens auf neue Herausforderungen.

## ENDE DER ÖKONOMISIERUNG

Von vielen der immer wieder von Erich Fröschl aufgeworfenen Forderungen scheinen wir uns heute eher wegbewegt zu haben. Auch das zeigt sich bei der Lektüre der Beiträge aus mehreren Jahrzehnten. Von einem Ende der Ökonomisierung der Politik etwa, einer Wiederherstellung der »Waffengleichheit« im Denken und Handeln zwischen den beiden, kann heute weniger denn je die Rede sein. Wünschenswert wäre ein solcher Zustand allemal, auch wenn die Frage nicht unterbleiben darf, ob er tatsächlich jemals existierte.

Fröschl erkannte auch immer die Bedeutung des Intellektuellen, des Programmatischen, des Theoretischen. Er hatte immer ein Sensorium dafür, wie wichtig es ist, – auch von Seiten der Bildungsarbeit – Themen vorzugeben, politische Begriffe zu prägen, ihre Bedeutungen zu bestimmen, am besten auch den Diskurs des politischen Gegners zu dominieren. Er veranschaulicht dies, als negatives Beispiel, an der politischen Umwertung des Begriffs »Reformen« im Zuge der neokonservativen Wende. Das ist sicherlich nur ein Beispiel für den Verlust der Deutungsmacht linker, sozial progressiver Kräfte an ihre politische Opponenten. »In the old days«, so schrieb Stuart Hall in seiner Polemik gegen New Labour, »we used to call them hegemonic«.

Die spö war immer auch eine Programmpartei. Und Erich Fröschl ist – viele der Beiträge in diesem Buch belegen dies – ein programmatischer Denker. Seine Überlegungen zum Stellenwert des Programmatischen in der Politik sind substantiell. Er erkannte schon lange, dass nach den Zwischenzielen des ersten sozialdemokratischen Jahrhunderts – politische Demokratie, Wohlfahrtsstaat – eine fortschrittliche Politik nicht nur in der Verteidigung des Erreichten bestehen kann. Nein,

es müssten neue qualitative Veränderungen erreicht werden, etwa im Bereich der Ökonomie, der Technologie, der Wissenschaft, der Forschung, der Medien und der Kultur. Das ist, zumindest in dem Sinn, wie Fröschl es meinte, als er es vor rund 25 Jahren schrieb, wohl nicht geschehen. Durch ihre theoretischen Debatten, welche die Politik begleiteten, manchmal auch anleiteten, war die Sozialdemokratie immer auch für Intellektuelle attraktiv – auch durch das utopische Potenzial einer Politik »über den Tag hinaus«, das ein wichtiger Teil dieser Debatten war. Das alleine ist mit Sicherheit nicht ausreichend, um politisch erfolgreich zu sein. Es aufzugeben, wäre aber dennoch fatal. Vor allem für diese Haltung stand und steht Erich Fröschl. 



Erich Fröschl  
**Von der konkreten Utopie zur Höllenfahrtpolka**  
Überlegungen zum politischen und wissenschaftlichen Diskurs aus vier Jahrzehnten  
Edition Ausblick, Wien 2014  
432 Seiten

### GÜNTHER SANDNER

ist Research Fellow am Institut Wiener Kreis und Lektor an den Instituten für Politikwissenschaft und für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Zuletzt erschien von ihm: Otto Neurath. Eine politische Biographie. Wien: Zsolnay 2014. 352 Seiten.

# PIPILOTTI RIST

KUNSTHALLE KREMS







PIPILOTTI  
RIST KUNSTHALLE KREMS

# Islamischer Staat, Pegida & Stasi



## Wilfried Buchta TERROR VOR EUROPAS TOREN

In den Milizen des selbsternannten Islamischen Staats zeigt sich eine neue Qualität des Terrors, der mit dem Export des Heiligen Kriegs, des Dschihad, auch nach Europa überzuschwappen droht. Doch wie konnte es zu dieser bedrohlichen Entwicklung kommen? Wilfried Buchta, ein ausgewiesener Kenner der Region, zeichnet die fatalen Ereignisse im Nahen Osten nach.

CAMPUS, 413 Seiten, 20,50 Euro



## L. Geiges, S. Marg, F. Walter PEGIDA

Sie spazieren gegen die »Islamisierung des Abendlandes«, skandieren »Wir sind das Volk« und schimpfen auf die »Lügenpresse«. Nicht nur (aber vor allem) in Dresden, wo Pegida ihren Anfang nahm, wurden Zehntausende mobilisiert. Medien und Politik rätselten: Was ist Pegida?

Woher kommt die Bewegung? Was macht sie aus und was treibt ihre Aktiven an? Dieses Buch liefert erste Erkenntnisse.

TRANSCRIPT VERLAG, 208 Seiten, 20,60 Euro



## Peer Steinbrück VERTAGTE ZUKUNFT

Deutschland steht im Vergleich mit vielen anderen europäischen Staaten gut da. Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum sind zufriedenstellend, Arbeitslosenquote und Verschuldung halten sich im Rahmen. Kein Anlass zur Sorge also? Keineswegs, sagt Peer Steinbrück. Wohlstand und Stabilität sind gefährdet, wenn aus Ruhebedürfnis weiterhin alle heiklen Themen verdrängt werden

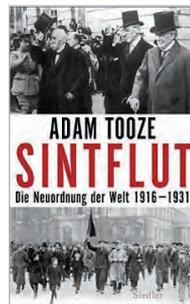
HOFFMANN UND CAMPE, 260 Seiten, 22,60 Euro



## Angela Marquardt VATER, MUTTER, STASI

2002 werden Auszüge aus einer Stasi-Akte gefunden, nach denen die bekannte PDS-Politikerin sich im Alter von 15 Jahren zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit verpflichtet hatte. Die Gespenster der Vergangenheit lassen Angela Marquardt nicht los. Anhand ihrer Erinnerungen, ihrer eigenen Akte und anderer Dokumente rekonstruiert sie, was damals wirklich geschehen ist.

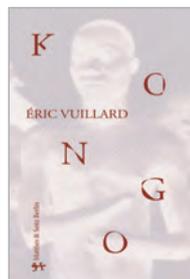
KIEPENHEUER UND WITSCH, 248 Seiten, 15,50 Euro



## J. Adam Tooze SINTFLUT

Wie eine Sintflut riss der Erste Weltkrieg die alte Ordnung hinweg, wirbelte gesellschaftliche, politische und ökonomische Vormachtstellungen durcheinander, ließ ganze Reiche zerbrechen und neu entstehen. In einem weltumspannenden Panorama beschreibt Adam Tooze die fundamentalen Verschiebungen der Zwischenkriegszeit und legt dar, wie fatal sich vor allem die Rolle der USA auswirkte.

SIEDLER VERLAG, 720 Seiten, 36,00 Euro



## Eric Vuillard KONGO

Der Autor macht die Monstrosität der Geschichte Belgisch-Kongos in seinem Text spürbar. Er zeigt kleine Brüsseler Beamte, aufgeschwungen zu Dschungherrschern, die zu Vollstreckern der europäischen Rohstoffgier werden, und er verleiht ihren zahl- und namenlosen Opfern eine Stimme. »Kongo« ist ein erschreckendes Zeugnis von Grausamkeit und des beginnenden Weltkapitalismus.

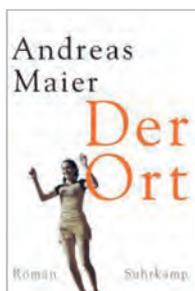
MATTHES & SEITZ BERLIN, 108 Seiten, 17,40 Euro

# Mondberge, Seelen & Windräder



**I.J. Kay**  
NÖRDLICH DER MONDBERGE

Eine beeindruckende literarische Leistung ist dieser Roman über Louise Adler, genannt Lulu, die nach zehn Jahren Gefängnis in die Freiheit entlassen wird. Mit Gelegenheitsjobs hält sie sich über Wasser, doch brechen sich die Erinnerungen an Kindheit und Jugend immer wieder Bahn. Als Lulu Wiedergutmachung für die abgesessene Zeit im Gefängnis erhält, reist sie an den Sehnsuchtsort ihrer Kindheit. **KIEPENHEUER UND WITSCH, 464 Seiten, 23,70 Euro**



**Andreas Maier**  
DER ORT

Der Beginn der Liebe ist der Beginn der Macht. Die einen kommen in Frage, die anderen nicht. Selbst wenn sie, noch einmal wie Kinder, Gummitwist spielen, wissen sie doch bereits um ihre eigene Schönheit, denkt der Erzähler, der im Zimmer seines verstorbenen Onkels sitzt und an einer »Ortsumgebung« schreibt, während sie draußen die Landschaft planen und ganz konkret eine Ortsumgebung bauen. **SUHRKAMP, 154 Seiten, 18,50 Euro**



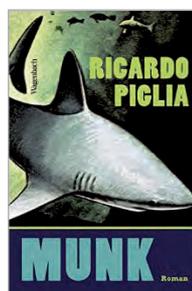
**Vladimir Vertlib**  
LUCIA BINAR UND DIE RUSSISCHE SEELE

Lucia Binar ist 83, und sie ist verärgert. Die Große Mohrengasse, in der sie seit langem lebt, soll aus Gründen der politischen Korrektheit in »Große Möhrengasse« umgetauft werden. Und die soziale Einrichtung, die sie versorgt, hat versagt: Ihr Essen wurde nicht geliefert. Der Telefondienst ist in ein Callcenter ausgelagert, dort rät ihr eine Mitarbeiterin, sich von Manner-Schnitten zu ernähren. **DEUTICKE VERLAG, 320 Seiten, 20,50 Euro**



**Isabella Straub**  
DAS FEST DES WINDRADS

Die Wiener Managerin Greta und der Taxifahrer Jurek aus Oed könnten gegensätzlicher nicht sein. Und haben doch dasselbe Problem: den Midlife-Blues. Als Greta mit ihrem Zug vor Jureks Kleinstadt liegen bleibt, ist das der Anfang einer längst überfälligen Reise zu sich selbst. Das Fest des Windrads ist ein Roman über die naive Landlust der Städter und die trügerische Genügsamkeit der Provinzler. **BLUMENBAR VERLAG, 352 Seiten, 19,60 Euro**



**Ricardo Piglia**  
MUNK

Ein Serienkiller sprengt Universitätsprofessoren mit Briefbomben in die Luft – das FBI tappt im Dunkeln. Ricardo Piglia erfindet den amerikanischen Kriminalroman neu. Was vermeintlich als sentimentale campus novel beginnt, verwandelt sich unversehens in einen Kriminalroman mit Anleihen bei Thrillern aus Hollywood – und in das Programm eines kaltblütigen Täters mit revolutionären Ideen. **KLAUS WAGENBACH, 256 Seiten, 23,60 Euro**



**Leif GW Persson**  
DER GLÜCKLICHE LÜGNER

Evert Bäckström, irgendwo zwischen Mitte 40 und Mitte 50, klein, dick und primitiv, ist als Kommissar bei der schwedischen Polizei tätig. Die Karriere verlief reibungslos – seine Vorgesetzten waren immer froh, wenn sie ihn möglichst schnell wieder loswerden konnten. Er ist der Mann für die schmutzigen Fälle: Mord, bewaffneter Raubüberfall und so weiter. Am wenigsten scheut er dabei, sich selbst die Hände schmutzig zu machen. **BTB, 656 Seiten, 20,60 Euro**

# *Nehmen Sie jetzt Kurs auf ein Abo ...*

## **Die Themen dieses Jahres:**

1/15 Soziale Reproduktion, Alltag,  
Krise. Perspektiven auf Europa

2/15 Vermögensungleichheit,  
Kapitalismus und Demokratie

3/15 Medien im Struktur-  
wandel der Öffentlichkeit

4/15 Klasse – Klassismus –  
Klassenkampf



\*Abo  
29,<sup>EURO</sup>–

# *Kurswechsel*

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts-  
und umweltpolitische Alternativen

**Bestellungen: [verlag@sonderzahl.at](mailto:verlag@sonderzahl.at) Fax: + 43 -1 586 80 70 [www.sonderzahl.at](http://www.sonderzahl.at)**

\*Inland €29,- Ausland €36,- Studierende €18,- Einzelheft €10,50



U4: Eigeninserat